Bürgerstiftung Langenargen

LANGENARGEN BODENSEE

ARCHIV

Drei Spartakisten vier Maschinengewehre und acht Franziskanerinnen

Andreas Fuchs

Drei Spartakisten
vier Maschinengewehre
und acht Franziskanerinnen

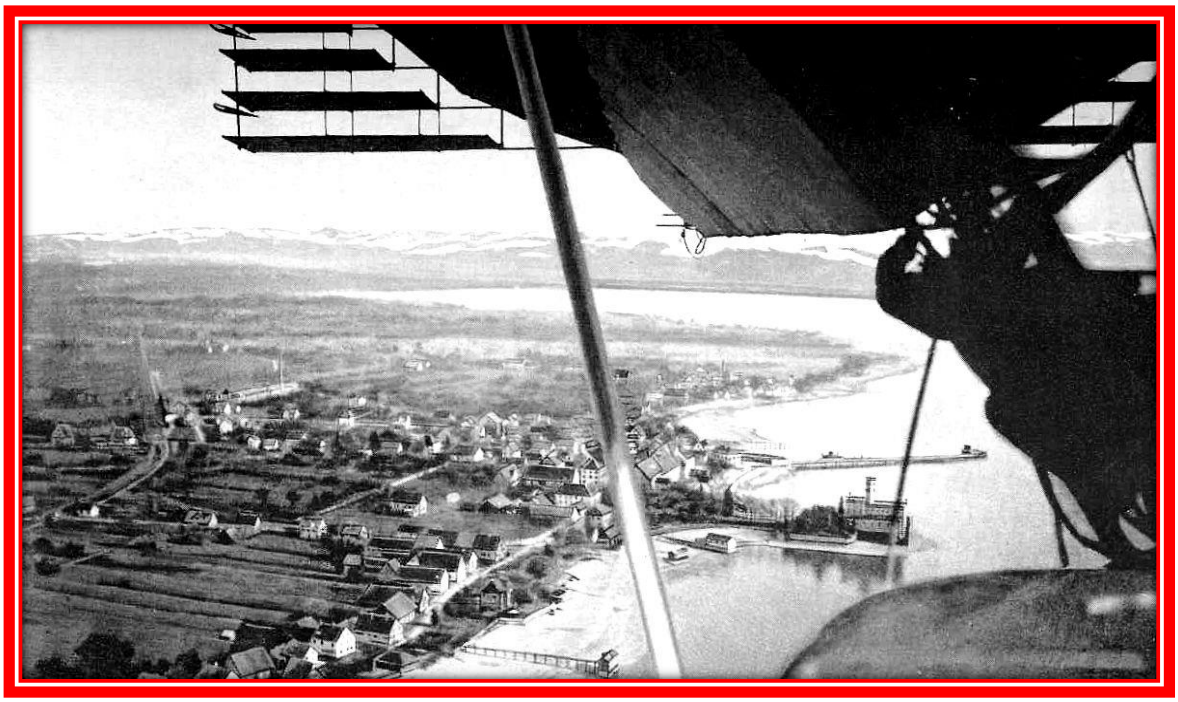
Vortrag zur Eröffnung der Ausstellung
„Vorwärts mit Gott ~~für Kaiser~~ und Vaterland:
Langenargen und die Novemberrevolution 1918“

im Rahmen der Veranstaltungsreihe
„Die Bürgerstiftung lädt ein“
am 10.11.2018 im Sitzungssaal
des Rathauses Langenargen

Langenargen, Gemeindeverwaltung (Hg.), 2019.
- Internetveröffentlichung -

Vom Bodensee über die Waterkant nach Berlin und zurück:
Die Novemberrevolution 1918 und ihre impulsgebenden Auslösefaktoren

Langenargen und die Novemberrevolution 1918 – in ihren Anfängen war sie gar eine sozialistische Erhebung. Wie passt das nur zusammen, galt doch dieser Ort vor 100 Jahren schon als Sehnsuchtsort der „Besserverdienenden". Man erkennt den entsprechenden Sachverhalt noch anhand einiger ansehnlicher Gründerzeitvillen in den seenahen Wohnquartieren. Die Bevölkerung hatte zudem ein passables Auskommen durch den prosperierenden Fremdenverkehr sowie die seit Ferdinand Graf von Zeppelin expandierende Industrie im nahen Friedrichshafen. Gerade mal neun sozialdemokratische Stimmen bei der letzten Reichstagswahl von 1912 zeigten zudem deutlich auf, dass es vor Ort kein Proletariat und somit kein revolutionäres Potential nennenswerten Ausmaßes gab.



Langenargen zu Beginn des 20. Jahrhunderts, vom Luftschiff aus fotografiert.

Wurde nun das beschauliche Langenargen von den reichsweiten Ereignissen lediglich überrollt oder gingen etwa doch eigene Impulse von diesem Ort auf die deutsche Novemberrevolution aus? Mit dieser Frage möchten sich die folgenden Darstellungen befassen.

Zunächst gilt die Aufmerksamkeit jedoch dem Umsturz von 1918 und dessen politischer Bewertung. Diese Thematik erfuhr im Verlauf des wissenschaftlichen Diskurses im Hinblick auf die möglichen Definitionen des Revolutionsbegriffs

unterschiedliche Interpretationen. Die Ursachen wurden, auch vor Ort, ebenfalls divergierend beurteilt. Sie reichten von einer gezielten aus Sowjetrussland unterstützten Destabilisierung der politischen Verhältnisse an der ‚Heimatfront', welche sodann das Heer erfasste, bis hin zum aus den kriegsmüden und hungernden Massen selbst ersehnten Frieden und Demokratie erbringenden Umsturz; „Dolchstoß" versus Emanzipationsbewegung der unteren Gesellschaftsschichten. Es handelte sich jedenfalls um einen gewaltigen politischen Umbruch in Deutschland: Das Deutsche Reich wurde von der konstitutionellen Monarchie hin zur parlamentarischen Republik umgestaltet. Bislang fungierte der durch seine ‚hochwohlgeborene' Abstammung ‚begnadete' Kaiser Wilhelm II. als Oberhaupt des Staates. Sein aus der Revolution und ihren Folgen hervorgegangener Nachfolger war hingegen ein Sattlergeselle aus Heidelberg: Der Sozialdemokrat Friedrich Ebert.

Die Monarchen des Deutschen Reichs reagierten unterschiedlich auf diesen tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel. König Wilhelm von Württemberg stieg mit Würde vom Thron, er wollte sich, nach eigenen Worten, der neuen Zeit und dem Willen des Volkes nicht entgegenstellen. Der vorgenannte Kaiser Wilhelm hingegen ‚wurde gegangen', nämlich durch den vom Reichskanzler Max von Baden eigenmächtig verkündeten Thronverzicht. Letztendlich gab es auch ganz verbitterte oder trotzige Abdankungen wie diejenige des Königs Friedrich August von Sachsen, vielleicht erinnert man sich noch seiner angeblich geäußerten Aussage in Richtung der sich erhebenden Bevölkerung: „Nu, denn macht doch Euren Dreck alleene".

Diese unbestritten nachhaltige Transformation des Staatswesens begann mit einem Matrosenaufstand in Wilhelmshaven bereits am 29. Oktober und setzte sich sodann über Kiel bis in nach Berlin fort. Die Reichshauptstadt wurde am 9. November von der Revolution erreicht. Philipp Scheidemann rief vom Reichstag herab die parlamentarische Republik aus, Karl Liebknecht am selben Tag hingegen die sozialistische Volksrepublik.

Wie kam es zu diesen unterschiedlichen Proklamationen eines politischen Wandels? Die Sozialdemokratie war seit Bewilligung der Kriegskredite im deutschen Reichstag gespalten. Es gab eine gemäßigte Mehrheit um Ebert und Scheidemann, welche die „Burgfriedenspolitik" mittrugen. Es gab aber auch die Linken um Liebknecht und Luxemburg, welche die Kriegskredite abgelehnt hatten und nunmehr eine sozialistische Revolution durchführen wollten. Ihr erklärtes Ziel war es, in Deutschland eine Sowjetrepublik nach dem Vorbild der „Großen sozialistischen Oktoberrevolution" 1917 in Russland zu errichten. Insbesondere die Gruppe um Liebknecht und Luxemburg verfolgte dieses Ansinnen. Sie nannten sich nach dem Anführer eines Sklavenaufstandes im antiken Rom „Spartakusbund". Doch zunächst fanden sich beide sozialdemokratische

Parteien, die gemäßigte MSPD und die linkssozialistische USPD, in einer Übergangsregierung, dem „Rat der Volksbeauftragten“, zusammen.

Auch im Königreich Württemberg, nunmehr zum „Volksstaat“ geworden, bildete sich bis hin zu den Wahlen im Januar 1919 eine Übergangsregierung unter Wilhelm Blos (MSPD). Derselben gehörte ein gebürtiger Langenargener an: Dr. Johannes Baptist von Kiene. Von Kiene, ehedem württembergischer Generalstaatsanwalt und Landtagsabgeordneter der katholischen Zentrumspartei, war aufgrund eines Wunsches des demissionierten Königs Wilhelm in das Kabinett eingetreten. Damit verband sich die Hoffnung, eine gewisse Kontinuität in der Staatsführung sicherzustellen. Dr. Johannes Baptist von Kiene diente dem Volksstaat Württemberg zunächst als Verkehrs-, dann als Justizminister.

Über die Person des Ministers von Kiene gelangen wir nun zurück in dessen Heimat, zurück an das württembergische Bodenseeufer. Wir erinnern uns der zentralen Eingangsfrage, ob diese gottgesegneten Auen denn nur von der Revolution überrollt wurden - oder ob sie gar selbst ein Impulsgeber derselben gewesen sind. Die Antwort sei gleich vorweggenommen und sie klingt überraschend: Das Oberamt Tettnang und insbesondere die Stadt Friedrichshafen galten in den bewegenden Tagen des Umbruchs tatsächlich als ein revolutionäres Zentrum im Deutschen Reich. In Friedrichshafen hatte man während des Krieges 8000 bis 10000 Rüstungsarbeiter zusammengezogen, die zumeist in Massenquartieren dort oder im Umland wohnten und bei den einheimischen Betrieben dienstverpflichtet waren. Sie produzierten unter anderem 60 Zeppelin-Luftschiffe, welche im Ersten Weltkrieg eingesetzt wurden, nicht zuletzt zur Bombardierung der britischen Hauptstadt London. Unter diesen Rüstungsarbeitern, die in Friedrichshafen und Umgebung untergekommen waren, ‚gärte‘ es zum Kriegsende hin ganz gewaltig: Sie hatten keine Arbeitsplatzsicherheit, beklagten eine miserable Unterbringung und waren Leidtragende der Inflation – somit hatte sich ein für diese Gegend gewaltiges revolutionäres Potential zusammengebraut. Die Stadt erlebte ab Oktober 1918 eine politische Großkundgebung nach der anderen, auf denen linkssozialistische Revolutionäre und gemäßigte Sozialdemokraten sich sozusagen die „Klinke in die Hand“ gaben.

Bolschewismus an der „württembergischen Riviera“ - begann die deutsche Novemberrevolution in Friedrichshafen und Langenargen?

Die Rolle Friedrichshafens in der Revolution beschreibt der Historiker Elmar L. Kuhn sinngemäß wie folgt: Die deutsche Novemberrevolution habe überspitzt gesagt in Friedrichshafen begonnen, weil man dort zuerst sozialistische Umsturzforderungen aufgestellt hatte. Wir wollen dieser Überspitzung eine

weitere hinzufügen: Die deutsche Novemberrevolution begann in Langenargen, denn die radikalsten Revolutionäre der Friedrichshafener Bewegung hatten damals hier ihren Wohnsitz. Diese Feststellung relativieren wir aber sogleich wieder, wie auch Elmar L. Kuhn die seine den gegebenen Verhältnissen annäherte: Vom Bodensee aus konnte man natürlich keine Regierung stürzen.

Revolutionäre Großkundgebung in Friedrichshafen am 06.11.1918

Einer der Redner der revolutionären Großkundgebungen in Friedrichshafen war Gottfried Weidle aus Langenargen. Er hatte, dem Polizeibericht zufolge, am 6. November 1918 vor Tausenden von Menschen auf dem Platz vor der Nikolauskirche und dem Rathaus eine durch und durch „bolschewistische“ Ansprache gehalten. Weidle forderte somit die Diktatur des Proletariats in einer klassenlosen Räte-(„Sowjet-)republik, also ein sozialistisches Deutschland samt Verstaatlichungen sowie einer Zurückdrängung der Kirchen aus dem öffentlichen Leben. Gottfried Weidle war, wie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, ebenfalls Mitglied der USPD und der Spartakusgruppe.

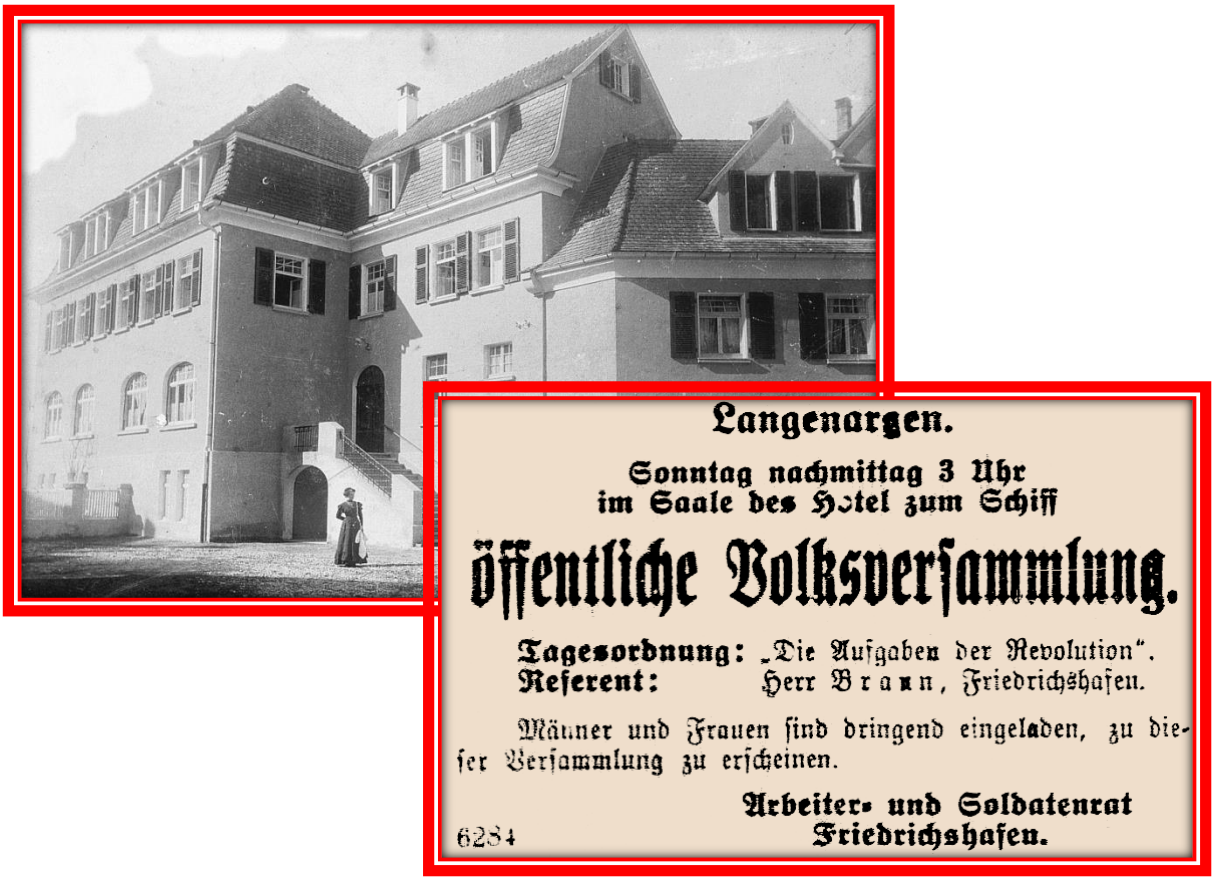
Diese revolutionäre Bewegung begann sich sodann zu institutionalisieren: Es wurde der „Arbeiter-und Soldatenrat“ gegründet. Das revolutionäre Gremium Friedrichshafens trachtete danach, die Kontrolle über alle Behörden zu übernehmen. Es erfuhr später eine Erweiterung durch die Zuwahlen von Bauern aus den Landgemeinden und nannte sich letztendlich „Bezirks-Arbeiter- Bauern- und Soldatenrat“ für den Oberamtsbezirk Tettnang.

In diesem Zusammenhang begegnen wir gleich schon zwei weiteren Langenargener Revolutionären. Sie waren, wie Gottfried Weidle, ebenfalls Mitglieder der USPD und zudem linksradikale Spartakisten. Es handelte sich zum einen um Ludwig Reinhardt, der als Sekretär, also Geschäftsführer, des Arbeiterrates fungierte und zugleich als dessen radikalstes Mitglied galt. Des Weiteren erfahren wir von Otto Manz, für Langenargen amtierender Arbeiterrat, vermutlich auf einer der revolutionären Versammlungen in Friedrichshafen als Betriebsvertreter in diesen ‚Bodensee-Sowjet' gewählt. Alle drei Langenargener Revolutionäre hatten somit folgende Gemeinsamkeiten: Sie waren linksradikale Spartakisten, in der Friedrichshafener Rüstungsindustrie beschäftigt und nach Langenargen zugezogen, wohnten dort vermutlich in ärmlichen Verhältnissen. Abbildungen gibt es von keinem dieser drei, es handelte sich um kurzlebige politische Karrieren, wie so oft bei Revolutionen. So schnell, wie diese Persönlichkeiten ans Licht der Öffentlichkeit traten, so schnell waren sie auch wieder verschwunden. Wir kennen Gleiches von der letzten Revolution, die auf deutschem Boden stattgefunden hat, der so genannten „Friedlichen Revolution" in der DDR – andere bezeichneten sie als „Konterrevolution". Auch dort traten Akteure in Erscheinung, die alsbald wieder in der Versenkung verschwanden, man denke an Wolfgang Schnur oder an Ibrahim Böhme.

Beschaulichkeit am „Schwäbischen Meer" - Langenargen als ein Hort des Bolschewismus oder als Vorposten der Revolution ‚wider Willens'?

Damit sind wir nun, ausgehend von den revolutionären Zentren Deutschlands und Württembergs, endgültig in Langenargen angelangt. Drei ‚Zugezogene' huldigten hier dem Bolschewismus, Langenargen kann deswegen als ein Vorposten der Revolution ‚wider Willens' bezeichnet werden. Der Ort lässt sich

vor diesem Hintergrund nicht nur als ein Mosaiksteinchen charakterisieren, welches vom reichsweiten Geschehen mitgerissen wurde - sondern als Teil vom Ganzen, welcher aufgrund der drei politischen ‚Fremdkörper' in dieser Gemeinde seine durchaus eigene aktive Rolle im politischen Geschehen der damaligen Zeit spielte. Damit ist die Bedeutung Langenargens während der November-revolution bereits grob skizziert. Im Folgenden wollen wir das zeitgenössische politische Geschehen etwas detaillierter betrachten.



Langenargen.

Sonntag nachmittag 3 Uhr
im Saale des Hotel zum Schiff

öffentliche Volksversammlung.

Tagesordnung: „Die Aufgaben der Revolution".
Referent: Herr Braun, Friedrichshafen.

Männer und Frauen sind dringend eingeladen, zu dieser Versammlung zu erscheinen.

Arbeiter- und Soldatenrat
Friedrichshafen.

6284

Langenargen vor 100 Jahren: Die Revolution fand „im Saale" statt.

Am 10. November des Jahres 1918, also exakt demselben Tag und derselben Uhrzeit wie beim heutigen Vortrag, fast sogar am gleichen Ort, nämlich gegenüber im „Schiff", wurde dann das Programm der Revolution auch in Langenargen verkündet. Gleichzeitig kam es zu den ersten konkreten Umsetzungen der Beschlüsse des „Rates der Volksbeauftragten". Zum einen erfolgte die Einführung des Achtstundentages, welcher unverzüglich auch für die Langenargener Parkettfabrik angeordnet wurde, zum anderen die Verkündung des allgemeinen Wahlrechts für die Männer und erstmals auch Frauen über 20 Jahren, welches ab sofort galt und den Frauen zunächst die Türen der politischen „Volksversammlungen" öffnete. In dieser Phase der Revolution wurde auch noch an eine Sozialisierung der Schlüsselindustrien gedacht, doch dazu kam es nicht. Aus diesem Gedankenansatz heraus generierte sich später die Sozial-

partnerschaft zwischen Industrie und Gewerkschaften samt Betriebsräten und Tarifverträgen.

Die Revolution fand in Langenargen, im Gegensatz zu Friedrichshafen, nicht auf der Straße, sondern im Saale statt. Das lag keineswegs nur an der bescheidenen Größe Langenargens. Vielmehr grassierte hier zu diesem Zeitpunkt auch die Pandemie der „Spanischen Grippe“, auf deren Höhepunkt ein Viertel der Bevölkerung das Bett hüten musste. Der mindestens 200 Personen fassende „Schiff“-Saal genügte unter den gegebenen Bedingungen für die revolutionäre Kundgebung des „Arbeiter- und Soldatenrates“ in ausreichendem Maße. Nun endlich erblicken wir auch einmal ein Bild eines Revolutionärs, nämlich das von Jakob Braun, Vorsitzender des „Arbeiter- und Soldatenrates“ Friedrichshafen. Braun war von Beruf Schmied und, ebenso wie die drei Langenargener Revolutionäre, Mitglied der USPD. Er trat als Hauptredner der Revolutionsveranstaltung in Langenargen auf, ebenso bei zahlreichen weiteren Versammlungen in den Landgemeinden. Dort wurden zumeist Bauern zum Rat hinzugewählt, aus Oberdorf war dies Heinrich Zerlaut, mit Sicherheit kein glühender Anhänger des Bolschewismus. Aus diesem Sachverhalt heraus lässt sich bereits erahnen, warum der Einfluss der Spartakisten hier wie andernorts langsam schwand.

Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat.

Der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat beruft für Sonntag den 17. November, nachmittags (näheres wird von den Schultheißenämtern noch bekannt gegeben)

öffentliche Volksversammlung

in den nachfolgenden Gemeinden und deren Umgebung:

Gemeinde Schnetzenhausen	nachmittags 2	Uhr
Gemeinde Obertheuringen	nachmittags 4,30	Uhr
Gemeinde A'lingen	nachmittags 2	Uhr
Gemeinde Berg	nachmittags 4,30	Uhr
Gemeinde Brochenzell	nachmittags 2	Uhr
Gemeinde Kehlen	nachmittags 4,30	Uhr
Gemeinde Meckenbeuren	nachmittags 2	Uhr
Gemeinde Eriskirch	nachmittags 4,30	Uhr
Gemeinde Oberdorf	nachmittags 2	Uhr
Gemeinde Leimnau	nachmittags 4,30	Uhr

Zur Beratung steht:

„Die Republik und die Befugnisse der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte“.

Der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat, Friedrichshafen a. B.
i. A.: Thomas.

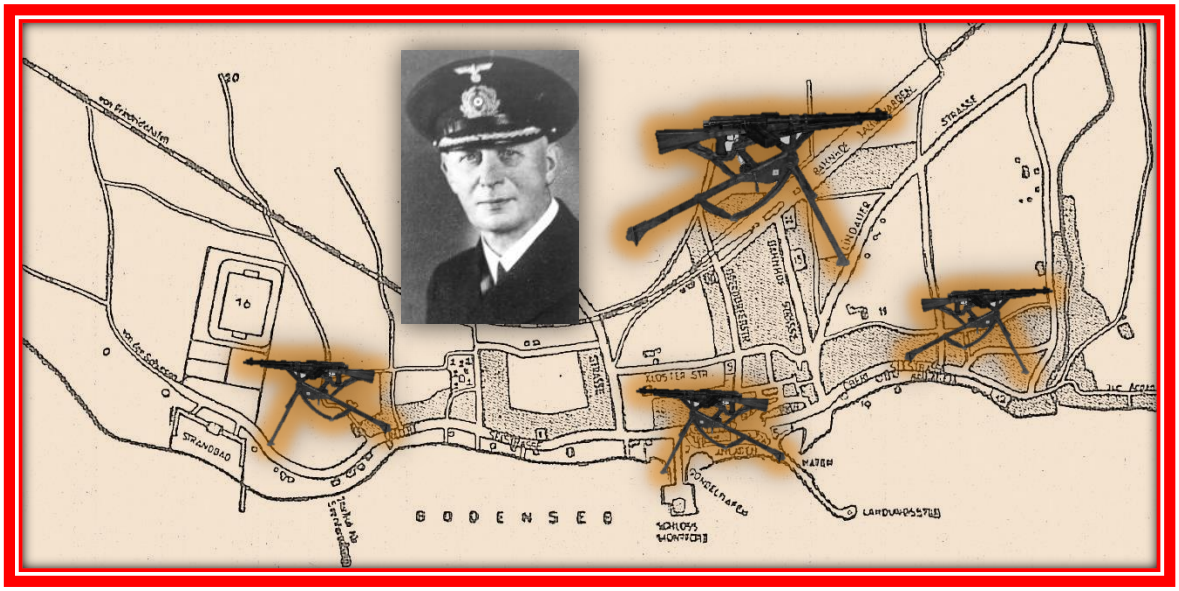
Auch das ländliche Umland benannte Vertreter für den Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat. Als dessen Vorsitzender fungierte der Schmied Jakob Braun (USPD) aus Friedrichshafen.

Erster Spartakistenaufstand: Unruhen in Berlin - Maschinengewehre in Langenargen

Eben deswegen wurde nun von den Spartakisten versucht, in Berlin die Revolution voranzutreiben, um doch noch zu einem ‚Sowjet-Deutschland‘ zu gelangen. Es kam zu blutigen Gefechten, die schließlich von der Mehr-

heitssozialdemokraten unter Hinzuziehung der Reichswehr sowie Freikorps, das waren paramilitärische Einheiten ehemaliger Frontsoldaten, für sich entschieden worden sind. Das Kommando führte hierbei Gustav Noske, bekannt durch seinen berüchtigten Ausspruch: „Einer muss den Bluthund machen“. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wurden von Freikorps ergriffen und getötet. Im „Rat der Volksbeauftragten“, somit der Reichsregierung, verblieben nur noch die Mehrheitssozialdemokraten. Damit war der Weg hin zur parlamentarischen Republik „freigeschossen“ worden, wie sich ein Berliner Rätefunktionär, Richard Müller, in seinen Erinnerungen ausdrückte.

Die bürgerkriegsähnlichen Kämpfe in Berlin wurden zeitnah auch in Langenargen bekannt. Zwar gab es damals noch kein Internet, kein Fernsehen und kein Radio, aber zwei Tageszeitungen, das „Amtsblatt“ und das „Seeblatt“, die tagtäglich per Telegraf mit den neuesten Nachrichten aus der Reichshauptstadt und anderen Teilen Deutschlands versorgt worden sind. Zudem war es im Hinterland bereits zu Plünderungen durch marodierende Banden gekommen, welche sich fälschlicherweise als Beauftragte des Arbeiter- und Soldatenrates ausgegeben hatten.



Einwohnerwehr-Kommandant Dr. Hermann Lossen
und die vier Standorte der Maschinengewehre in Langenargen.

Somit wurde allerorten und auch in Langenargen damit begonnen, so genannte Einwohnerwehren zu errichten. In unserer Gemeinde umfasste dieselbe 80 Mann, ausgerüstet mit Karabinern und drei leichten sowie einem schweren Maschinengewehr. Die beiden Landjäger allein hätten die öffentliche Ordnung in Langenargen nicht aufrechterhalten können. Entsprechend der langgestreckten Siedlungsstruktur war die Wehr in drei Abteilungen unterteilt: Unterdorf, Städtle und Oberdorf, deren Kommando lag in den Händen des Ortsarztes und Marine-

offiziers Dr. Hermann Lossen. Das schwere Maschinengewehr war im Städtle positioniert, um schnellstmöglich die strategisch wichtigen Punkte Bahnhof und Hafen gegebenenfalls unter Beschuss nehmen zu können. Zum Einsatz kam diese Einwohnerwehr aber nicht, ihre bloße Existenz hatte genügt, um mögliche „Kommunistenübergriffe“ (Erinnerungen von Alfons Wocher) aus der Masse tausender Rüstungsarbeiter in Friedrichshafen zu verhindern.

Die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung genügte dem Langenargener Bürgertum aber nicht, schließlich wollte man sich der drei Spartakisten wieder entledigen, die sich hier ‚eingenistet‘ hatten. Dazu bediente sich Schultheiß Mayr im Zusammenspiel mit den Vermietern der von linker Seite erhobenen Forderungen, denen zufolge Wohnungen insbesondere in Gegenden mit großer Wohnungsnot zuvorderst an Kriegsbeschädigte und kinderreiche Familien vergeben werden sollten. Die Langenargener Revolutionäre wurden somit fristgerecht gekündigt und ihre Wohnungen sodann an ‚politisch unauffällige‘ Interessenten mit großer Kinderzahl weitervermietet. Proteste des Arbeiter- und Soldatenrates bei der Regierung in Stuttgart halfen nichts, die Maßnahmen galten als rechtens. Langenargens linksradikale Revolutionäre waren aufgrund ihrer eigenen Postulate übervorteilt worden, allerdings nur zwei derselben – einer war noch vor Ort verblieben, und zwar ausgerechnet Ludwig Reinhardt. Reinhardt galt als schillernde Persönlichkeit. Bevor er nach Langenargen gekommen war, hatten ihn die Behörden in der Schweiz wegen Betrugs verurteilt. Danach kämpfte Reinhardt auf Seiten Liebknechts beim Spartakistenaufstand in Berlin aktiv mit und in Friedrichshafen gehörte er, laut Zeppelin-Direktor Alfred Colsman, zu den „besonders schwierigen Gestalten“. Reinhardt gab somit den Langenargener „Peppone“, wenn man es aus diesen alten italienischen Filmen übertragen möchte – den „Don Camillo“ gab’s auch, der erscheint später.

Institutionalisierung des demokratischen Staatswesens: Parteigründungen und erste Wahlen

Im Januar folgten dann die Wahlen zu den verfassunggebenden Versammlungen auf Landes- und Reichsebene – dieselben galten als Vorläufer von Landtag und Reichstag. Die vier relevantesten Parteien, welche hier in Langenargen wahlwerbende Aktivitäten entfaltet hatten, sollen nunmehr kurz vorgestellt werden.

Da gab es zunächst einmal die USPD, also die extreme Linke, gegründet vermutlich zeitgleich mit der USPD Friedrichshafen im November 1918. Zu denselben gehörten bekanntlich zunächst auch unsere drei Revolutionäre.

U. S. P. Langenargen

Samstag 12. 4. 19, abends 7 Uhr

Versammlung

in der Krone. Besonders sind die Arbeiter der Parkettfabrik willkommen.

USPD-Versammlung im damaligen Langenargener Sozialistenlokal zur „Krone“.

Als Vereinslokal diente die „Krone“ am Marktplatz, die Mitgliederzahl dürfte ein gutes Dutzend nicht überschritten haben. Nachdem Clara Zetkin, seinerzeit in [Stuttgart-]Sillenbuch wohnend, bei der württembergischen USPD - die sich auch als U.S.P. abkürzte - eine führende Rolle übernommen hatte, mussten ihre Parteigänger im Lande eine gehässige Umformulierung des Parteinamens erdulden: „**U**nterm **S**illenbucher **P**antoffel“. Diese Spottbezeichnung rührte nicht nur aus den Vorbehalten patriarchalischer Gesellschaftsstrukturen her, sondern sollte zudem eine perfide Infragestellung der „Mannesehre“ von USPD-Funktionären - zumeist ungeliebten Auswärtigen - zum Ausdruck bringen.

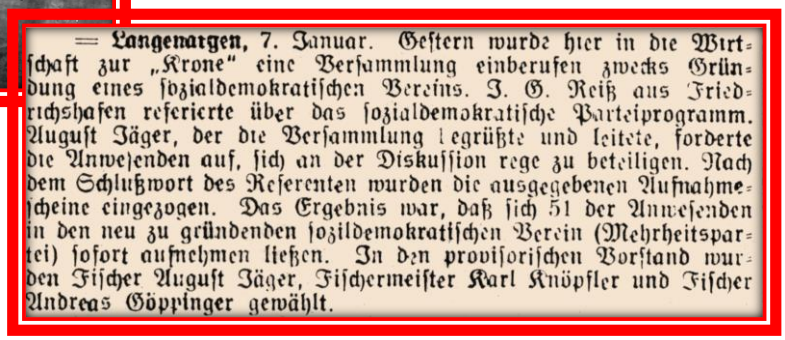
Am Dreikönigstag 1919 erfolgte die Gründungsversammlung eines MSPD-Ortsvereins, der Mehrheitssozialdemokratie Eberts und Scheidemanns. Initiiert wurde diese Gründung von Fischermeister August Jäger, als Vereinslokal galt ebenfalls die „Krone“. Mit anfangs 51, alsbald aber stattlichen 100 Mitgliedern erfuhr die MSPD in Langenargen eine fulminante Gründungsphase; beachtlich nach nur neun Wählern bei der zurückliegenden Reichstagswahl.

Langenargen.

Betreffs **Gründung** eines

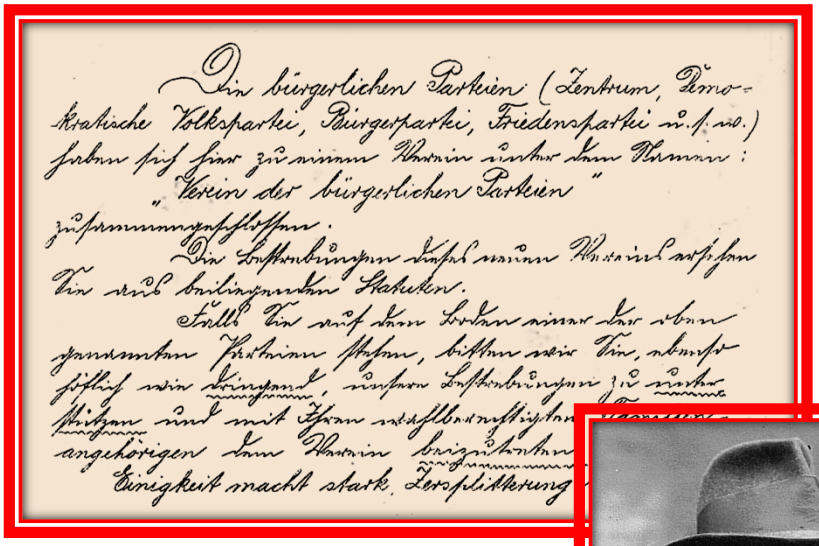
Sozialdemokratischen Vereins

werden Gleichgesinnte auf **Montag, den 6. Jan. 1919, nachmittags 4 Uhr,** in das Gasthaus zur **„Krone“** freundlichst eingeladen. Der Einberufer.



= **Langenargen,** 7. Januar. Gestern wurde hier in die Wirtschaft zur „Krone“ eine Versammlung einberufen zwecks Gründung eines sozialdemokratischen Vereins. J. G. Reiß aus Friedrichshafen referierte über das sozialdemokratische Parteiprogramm. August Jäger, der die Versammlung begrüßte und leitete, forderte die Anwesenden auf, sich an der Diskussion rege zu beteiligen. Nach dem Schlußwort des Referenten wurden die ausgegebenen Aufnahmescheine eingezogen. Das Ergebnis war, daß sich 51 der Anwesenden in den neu zu gründenden sozildemokratischen Verein (Mehrheitspartei) sofort aufnehmen ließen. In den provisorischen Vorstand wurden Fischer August Jäger, Fischermeister Karl Knöpfler und Fischer Andreas Göppinger gewählt.

Gründung der MSPD durch August Jäger, Vorsitzender der württembergischen Berufsfischer.



Die bürgerlichen Parteien (Zentrum, Demokratische Volkspartei, Bürgerpartei, Friedenspartei u.s.w.) haben sich hier zu einem Verein unter dem Namen:
„Verein der bürgerlichen Parteien"
zusammengeschlossen.
Die Satzungen dieses neuen Vereins ersehen Sie aus beiliegenden Statuten.
Falls Sie auf dem Boden einer der oben genannten Parteien stehen, bitten wir Sie, ebenso höflich wie dringend, unseren Bestrebungen zu unterstützen und mit Ihrem wahlberechtigten Familienangehörigen dem Verein beizutreten.
Einigkeit macht stark. Zersplitterung

Pfarrer Hermann Eggart (Zentrum, rechts) und Fabrikant Eugen Kauffmann (DDP) standen an der Spitze des „Vereins der bürgerlichen Parteien"

Als bedeutendste Gruppierung am Ort galt allerdings der „Verein der bürgerlichen Parteien", getragen von der hier dominierenden katholischen Zentrumspartei und dem liberalen evangelischen Bürgertum, deren Parteiorganisationen bislang nur in Gestalt von „Honoratiorenparteien" existierten. Der „Verein der bürgerlichen Parteien" war am 23. Februar bereits im Hinblick auf die für Mai 1919 angesetzte Kommunalwahl als überkonfessionelle Sammlungsbewegung von 200 Männern und Frauen geründet worden. Er stellte damit etwas ganz Außergewöhnliches dar, nämlich die Vorwegnahme des Gründungsgedankens der 1945 erstandenen CDU, welche in Rückbesinnung auf die Weimarer Parteienzersplitterung ebenfalls als überkonfessionelle bürgerliche Sammlungsbewegung entstand. Zum Vorsitzenden hatte man den katholischen Ortsgeistlichen Hermann Eggart gewählt. Sein gleichberechtigter Stellvertreter war der evangelische Fabrikant Eugen Kauffmann. Eggart verabscheute die Revolution, welcher er in seiner 1926 erschienenen Ortschronik nur einen Halbsatz widmete, denn er verkörperte sozusagen das ideologische Gegenstück zum „Peppone" Ludwig Reinhardt: Hermann Eggart war Langenargens „Don Camillo" in Reinform.

Alsbald begann der Wahlkampf, zunächst auf Landesebene. Die Linkssozialisten kompensierten ihre geringe Mitgliederzahl mit einer Vielzahl an Flugblättern, in denen sie die gemäßigten Sozialdemokraten angriffen. Beide Parteien bedienten sich aus der gleichen Klientel des Elektorats.

Mitglieder der Zentrumspartei!

Wir erwarten unsere treuen Freunde am 19. Januar, dem Wahltag zur Nationalversammlung, wieder vollzählig an der Wahlurne. — Bewegt auch säumige Gesinnungsfreunde zur Pflichterfüllung!

Ortsgruppe Langenargen.

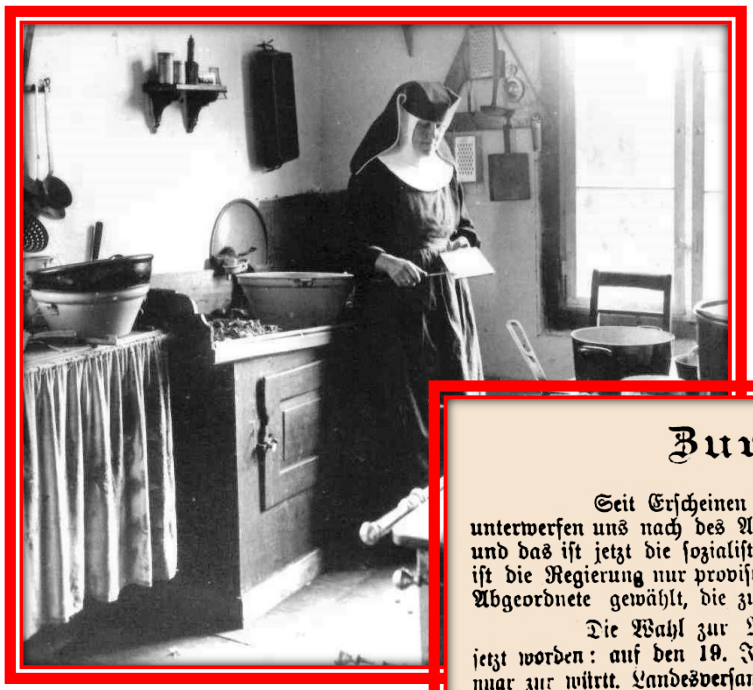
Langenargen, 30. Dez. Von der Zentrumspartei wurde auf Sonntag eine Frauenversammlung einberufen, die von Frauen und Mädchen sehr zahlreich besucht war. Unser bisheriger Landtagsabgeordneter H. Locher von Tettnang, ferner Rechtsanwalt Leuthi von Tettnang, Verbandssekretärin Fri. Eckart aus Stuttgart und H. H. Pfarrer Eggart hier gaben einen interessanten Ueberblick über die Umgestaltung unserer Verhältnisse, die Ursachen, den äußeren Vollzug, sowie über die neuen Pflichten und Rechte des Frauengeschlechts bei den kommenden Wahlen. Mögen die Frauen und Mädchen an den Wahltagen ihrer Pflicht voll und ganz genügen!

Die Zentrumspartei baute auf das christliche Familienbild und die Autorität der katholischen Kirche, eindrucksvoll verkörpert durch den späteren „Bekennerbischof" Dr. Joannes Baptista Sproll.

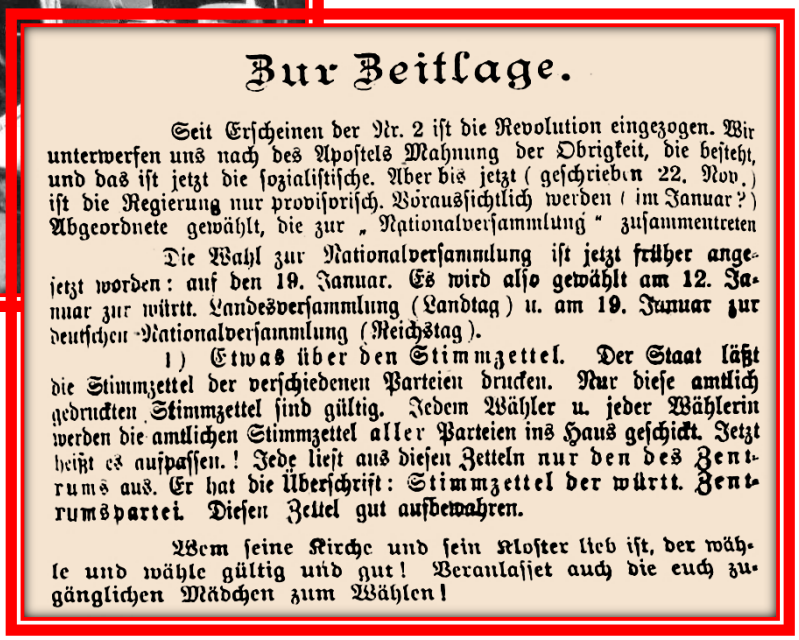
Die katholische Zentrumspartei verließ sich auf die Autorität und die Organisationskraft der katholischen Kirche. Sie führte den Wahlkampf mit einer besonderen Schärfe als eine Art kulturellem Überlebenskampf. Schließlich glaubte man zu wissen, was einem blühen könnte, wenn die extreme Linke an die Macht kämen. In Russland waren im Rahmen der Oktoberrevolution tausende Kirchen und Klöster demoliert sowie 18.000 Geistliche ermordet worden. Politische Führungspersönlichkeit für die regionale Zentrumspartei war natürlich der Minister von Kiene als Identifikationsfigur, in Langenargen galt dies in ganz besonderem Maße. Charismatische Führungspersönlichkeit hingegen

war ein anderer, nämlich der später als „Bekennerbischof“ bekannt gewordene Dr. Joannes Baptista Sproll, damals noch Weihbischof der Diözese Rottenburg. Sproll trat als aktiver Wahlkämpfer und Kandidat der Zentrumspartei für die Landes-versammlung in Erscheinung. Das hierzulande schärfste ‚Geschütz Gottes‘ auf Erden wurde später aufgrund seiner politischen und charakterlichen Stand-festigkeit in die Verbannung geschickt - allerdings nicht von den vermeintlichen Hauptgegnern, den Linken, sondern von den Nationalsozialisten.

Das besondere Augenmerk aller Parteien, insbesondere aber der Zentrumspartei, galt den erstmals wahlberechtigten Frauen. Eigens wurde eine Zentrums-Wahlveranstaltung in Langenargen für sie abgehalten. Viel bemerkens-werter erschien allerdings der Sachverhalt, dass alle acht in Langenargen tätigen Franziskanerinnen von Reute, welche im Spital, dem Kindergarten und der Hauskrankenpflege tätig waren, dem „Verein der bürgerlichen Parteien“ beitraten, um für andere Frauen und „Jungfrauen“ beispielgebend zu wirken. Das christliche Familienbild wurde in den Mittelpunkt der Abwehrbestrebungen gegen eine befürchtete Auflösung entsprechender Grundwerte in einer mög-licherweise sozialistisch dominierten Gesellschaftsordnung gestellt.



Von der Demut zum Bekennermut: Die Franziskanerinnen und der neue Staat.



Zur Beilage.

Seit Erscheinen der Nr. 2 ist die Revolution eingezogen. Wir unterwerfen uns nach des Apostels Mahnung der Obrigkeit, die besteht, und das ist jetzt die sozialistische. Aber bis jetzt (geschrieben 22. Nov.) ist die Regierung nur provisorisch. Voraussichtlich werden (im Januar?) Abgeordnete gewählt, die zur „Nationalversammlung“ zusammentreten

Die Wahl zur Nationalversammlung ist jetzt früher angesetzt worden: auf den 19. Januar. Es wird also gewählt am 12. Januar zur württ. Landesversammlung (Landtag) u. am 19. Januar zur deutschen Nationalversammlung (Reichstag).

1) Etwas über den Stimmzettel. Der Staat läßt die Stimmzettel der verschiedenen Parteien drucken. Nur diese amtlich gedruckten Stimmzettel sind gültig. Jedem Wähler u. jeder Wählerin werden die amtlichen Stimmzettel aller Parteien ins Haus geschickt. Jetzt heißt es aufpassen.! Jede liest aus diesen Zetteln nur den des Zentrums aus. Er hat die Überschrift: Stimmzettel der württ. Zentrumspartei. Diesen Zettel gut aufbewahren.

Wem seine Kirche und sein Kloster lieb ist, der wähle und wähle gültig und gut! Veranlasset auch die euch zugänglichen Mädchen zum Wählen!

Doch sie beließen es nicht dabei. Hatte das Mutterhaus in Reute anfänglich noch angekündigt, sich dem neuen Staatswesen demütig unterzuordnen, auch wenn es „ein sozialistisches“ wäre, so erwachte unter dem Schutz und Schild der katholischen Kirche, nicht zuletzt in Person des Weihbischofs Dr. Sproll, vor den Januar-Wahlen ein ausgesprochener Bekennermut. Es wurde von der Ordensleitung dazu aufgefordert, ausschließlich das Zentrum zu wählen und auch Personen im sozialen Umfeld dazu zu bewegen. Davon machten die hiesigen Franziskanerinnen im Spital ausgiebig Gebrauch, zum Leidwesen der Sozialdemokraten, welche ihnen eine politische Instrumentalisierung der „Spitaliten“ vorwarfen. Die Franziskanerinnen von Reute gehörten somit zu den ersten Frauen, die sich in Langenargen politisch betätigten.

Bodenständigkeit und politische Mäßigung: Die Mehrheitssozialdemokratie als Partei der alteingesessenen Fischergeschlechter.

Bei den gemäßigten Sozialdemokraten von der MSPD waren es vor allem die männlichen Vertreter der alten Fischergeschlechter, welche die Wahlagitation verrichteten. Sie genossen hohes Ansehen in Langenargen, handelte es sich doch um schwer arbeitende bodenständige und naturverbundene Menschen. Die MSPD-orientierten Fischer galten dem politischen Ausgleich verpflichtet und wurden fernab jeglicher extremistischer Einstellungen verortet. Als Beispiel hierfür diente Karl Knöpfler, der schon im Kaiserreich dem Bürgerausschuss angehörte, ein ruhender Pol in bewegten Zeiten.

100 Mitglieder hatte diese Partei, über 200 der bürgerliche Gegenpart, das wurde zuvor bereits erwähnt. Diese Zahlen bedeuteten einen signifikant hohen Organisationsgrad bei 1600 Einwohnern und gerade mal 1000 Wahlberechtigten. Der Sachverhalt ließ sich aber nicht nur mit der starken Politisierung in dieser Schicksalsstunde Deutschlands erklären, sondern auch mit einem für Langenargen nicht untypischen Pragmatismus. Man wusste ja noch nicht, wer die Mehrheit erringt und ob es auf den verschiedenen parlamentarischen Ebenen unterschiedliche Dominanzen geben sollte. Deswegen gingen gar nicht so wenige Langenargener auf „Nummer sicher“ und traten gleichzeitig dem „Sozialdemokratischen Verein“ und dem „Verein der bürgerlichen Parteien“ bei. Doppelmitgliedschaften galten somit als umfassender ‚politischer Versicherungsschutz‘ in unruhigen Zeiten. Mitgliedschaft und Beitrag wurden sowohl von den „Roten“ als auch von den „Schwarzen“ gerne angenommen, die Mitgliederverzeichnisse seinerzeit ohnehin vertraulich behandelt - heute liegen sie allerdings offen einsehbar im Archiv der Gemeinde Langenargen.

D. D. P.

Die Deutsche Demokratische Partei Friedrichshafen veranstaltet am **Donnerstag den 16. Jan., abends 7 Uhr** in **Langenargen** im **Gasthof z.-„Schiff“** eine

Volksversammlung

für Männer und Frauen, in der über die **Wahlen zur Nationalversammlung** gesprochen werden wird.

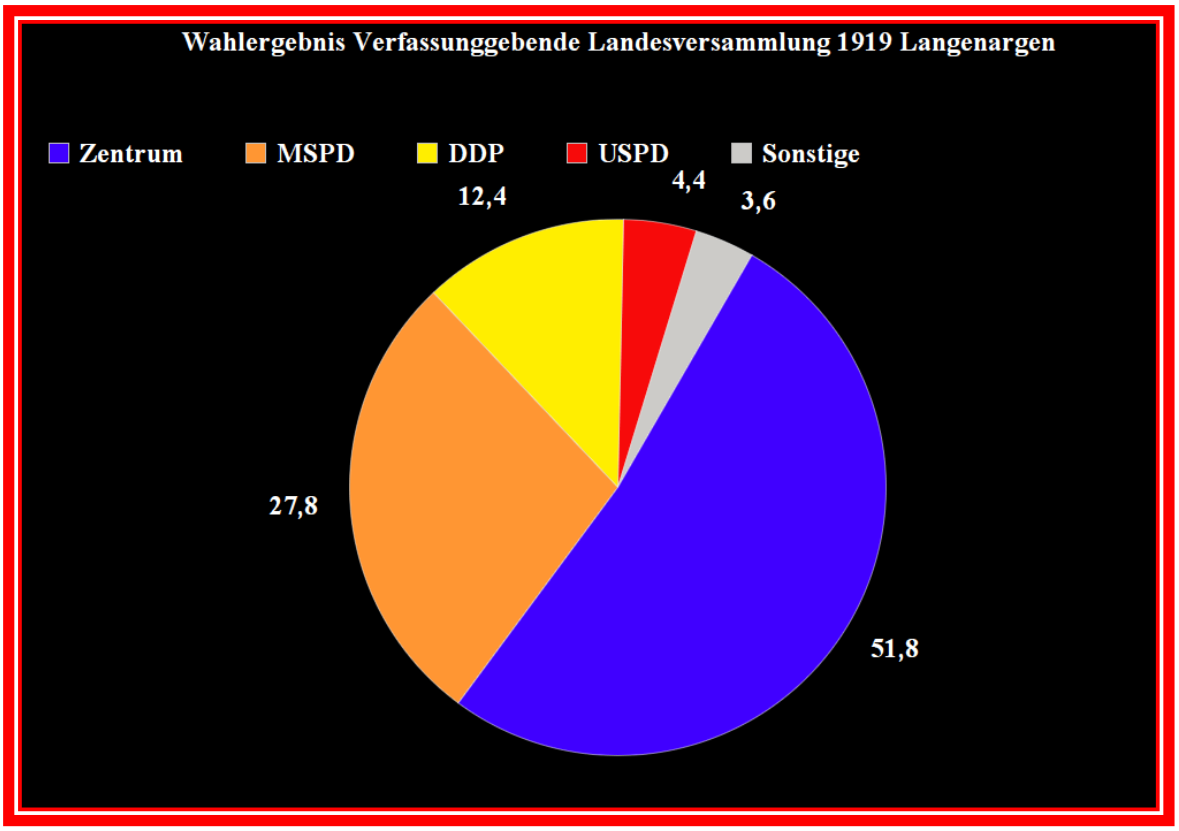
Freie Aussprache zugesichert. **Der Vorstand.**

Die DDP: Liberale Honoratiorenpartei des evangelischen Bürgertums.

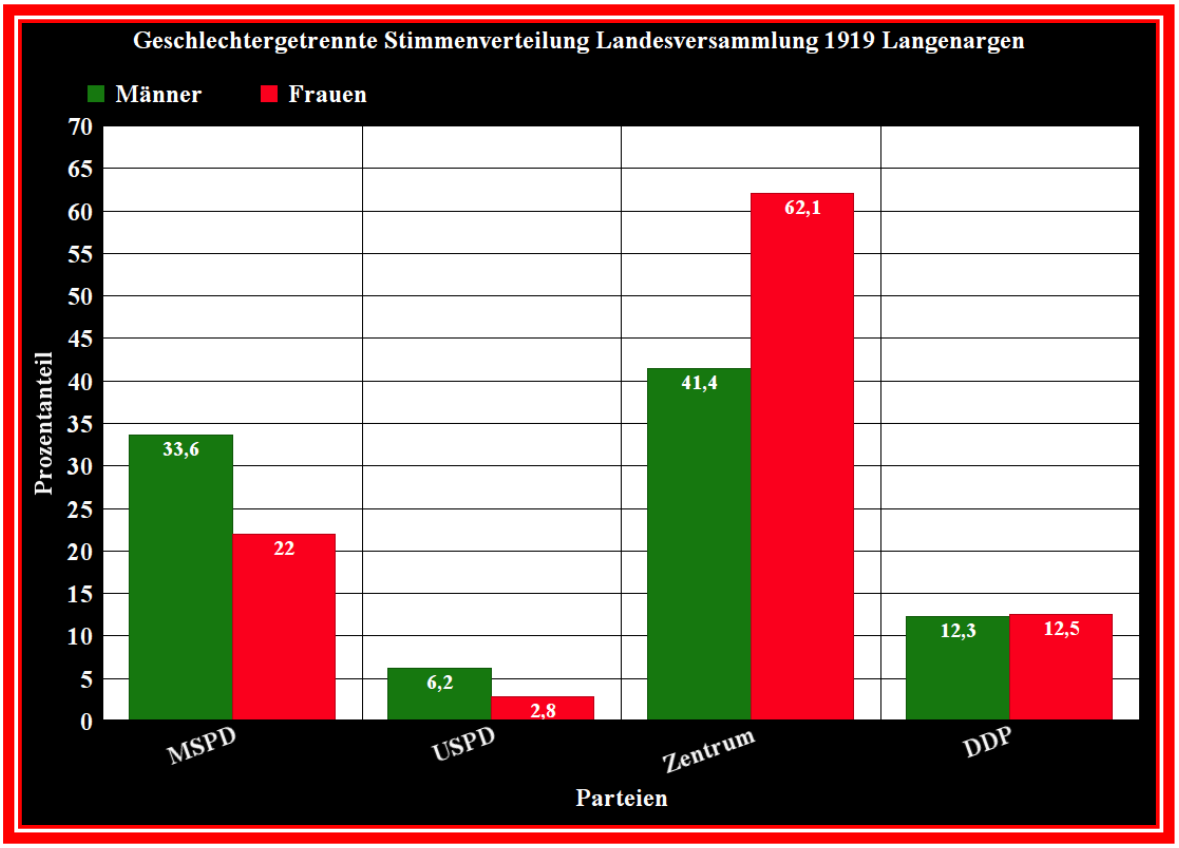
Die Deutsche Demokratische Partei vervollständigte den Reigen der bedeutenden politischen Lager in der Gemeinde. Sie verstand sich als Interessenvertretung des evangelischen Bürgertums, ihre Langenargener Mitglieder gehörten der Friedrichshafener Ortsgruppe an. Deren „Volksversammlungen“ durfte man sich jedoch nicht als Großkundgebungen vorstellen. Vielmehr handelte es sich um einen langen Tisch, an dessen Ende federführend eine Art Patriarch saß, den man am Ort (nach den Erinnerungen von Jan Balet) als „König von Langenargen“

titulierte. Damit war der vorerwähnte Fabrikant Eugen Kauffmann gemeint. Am Tisch der evangelischen Liberalen durfte nur Platz nehmen, wer dem „König von Langenargen“ genehm war. Einer seiner Auszubildenden, der diesen Sachverhalt nicht ausreichend würdigte, wurde bei einer solchen Wahlversammlung nach eigenen Worten wieder vom Tisch gewiesen.

Das Wahlergebnis zur Verfassunggebenden Landesversammlung des Volksstaates Württemberg am 12. Januar 1919 fiel in Langenargen eindeutig aus: Eine klare absolute Mehrheit für das Zentrum, zusammen mit den Liberalen zwei Drittel für die Bürgerlichen, knapp 30% für die Sozialdemokraten und niederschmetternde viereinhalb Prozent für die Linkssozialisten, die Vertreter der ‚wahren Revolution‘ in Langenargen und darüber hinaus.



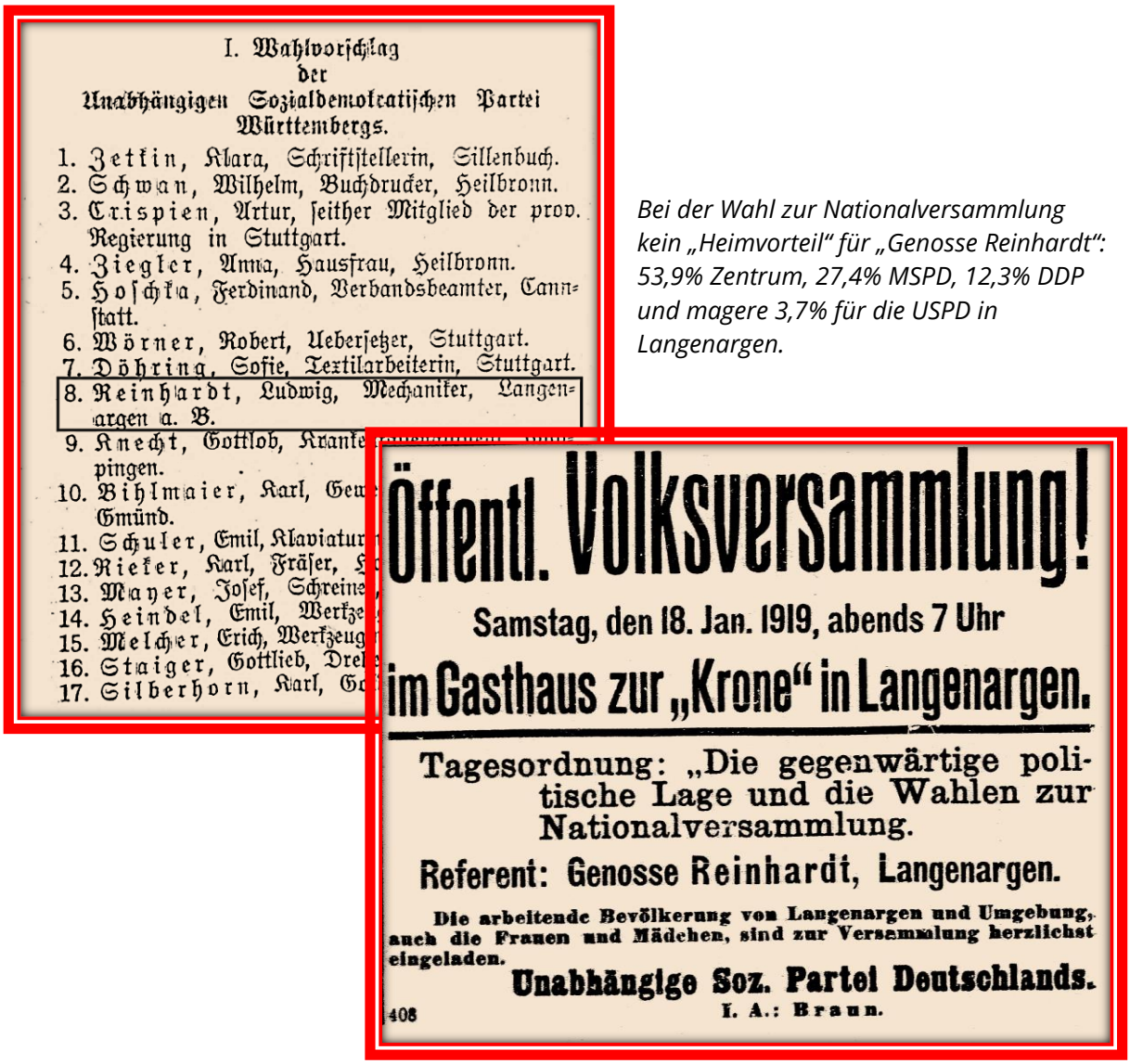
Das Resultat: Trotz Verlusten erhebliche bürgerliche Dominanz, Verzehnfachung der Sozialdemokratie, Bedeutungslosigkeit der Linkssozialisten.



Die Parteipräferenzen der Männer und Frauen differierten auch in Langenargen erheblich.

Recht interessant erscheint eine Betrachtung des geschlechterspezifischen Wahlverhaltens, welches man für Langenargen anhand einer Projektion auf der Grundlage von über 100 strukturell vergleichbaren bayerischen Wahlbezirken mit geschlechtergetrennter Abstimmung darstellen kann: 40% der Männer wählten links, aber nicht einmal ein Viertel der Frauen konnten sich für die beiden sozialdemokratischen Parteien erwärmen. Erklärt wird dies vom aktuellen Forschungsstand mit den jeweiligen damals noch vorhandenen Milieu-bindungen: Die Männer kamen in den Betrieben mit gewerkschaftlich-linkem Gedankengut in Kontakt, die Frauen verkehrten eher im Milieu der kirchlichen Institutionen und wurden dort, wie angemerkt, zu Gunsten der Zentrumspartei umworben. Das war eine bittere Lehre für die deutsche Linke, wie es die heutige Politikwissenschaft zum Ausdruck bringt. Mit der Einführung des Frauenstimmrechts hatte sie sich selbst um die absolute Mehrheit im Lande gebracht.

Die eine Woche später stattgefundene Wahl zur Deutschen Nationalversammlung erbrachte vor Ort fast das gleiche Ergebnis wie der Wahlgang auf Landesebene, allerdings hatte sie mit einer Besonderheit aufzuwarten. „Peppone“ kandidierte auf der Liste der USPD, zusammen mit Clara Zetkin, doch musste sich Ludwig Reinhardt mit ganzen 33 Stimmen am Ort zufrieden geben. Das entsprach einem noch dürftigeren USPD-Resultat als eine Woche zuvor, was wiederum zeigt, dass dieser italienisch-oberschwäbische Vergleich hinkt. In der Emilia Romagna, wo „Don Camillo und Peppone“ spielte, waren die politischen Verhältnisse ganz andere als im Oberamt Tettnang.



I. Wahlvorschlag
der
Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei
Württembergs.

1. Zetkin, Klara, Schriftstellerin, Sillenbuch.
2. Schwan, Wilhelm, Buchdrucker, Heilbronn.
3. Crispien, Artur, seither Mitglied der prov. Regierung in Stuttgart.
4. Ziegler, Anna, Hausfrau, Heilbronn.
5. Hoschka, Ferdinand, Verbandsbeamter, Cannstatt.
6. Wörner, Robert, Uebersetzer, Stuttgart.
7. Döhring, Sofie, Textilarbeiterin, Stuttgart.
8. Reinhardt, Ludwig, Mechaniker, Langenargen a. B.
9. Knecht, Gottlob, Kranke
pingen.
10. Bihlmaier, Karl, Geu
Gmünd.
11. Schuler, Emil, Klaviatur
12. Rieker, Karl, Fräser, H
13. Mayer, Josef, Schreine
14. Heindel, Emil, Werkze
15. Melcher, Erich, Werkzeug
16. Staiger, Gottlieb, Drel
17. Silberhorn, Karl, Go

Öffentl. Volksversammlung!

Samstag, den 18. Jan. 1919, abends 7 Uhr

im Gasthaus zur „Krone“ in Langenargen.

Tagesordnung: „Die gegenwärtige politische Lage und die Wahlen zur Nationalversammlung.

Referent: Genosse Reinhardt, Langenargen.

Die arbeitende Bevölkerung von Langenargen und Umgebung, auch die Frauen und Mädchen, sind zur Versammlung herzlichst eingeladen.

Unabhängige Soz. Partei Deutschlands.
I. A.: Braun.

408

Bei der Wahl zur Nationalversammlung kein „Heimvorteil“ für „Genosse Reinhardt“: 53,9% Zentrum, 27,4% MSPD, 12,3% DDP und magere 3,7% für die USPD in Langenargen.

Zusammenfassend bleibt festzustellen, dass in Langenargen entgegen dem Reichs- und Landestrend gewählt worden ist, denn deutschlandweit wie in Württemberg dominierte die MSPD als stärkste Partei. Die Linkssozialisten konnten sich bei der Wahl zur Nationalversammlung im Übrigen lediglich im Großraum Leipzig an die Spitze der Wählergunst stellen.

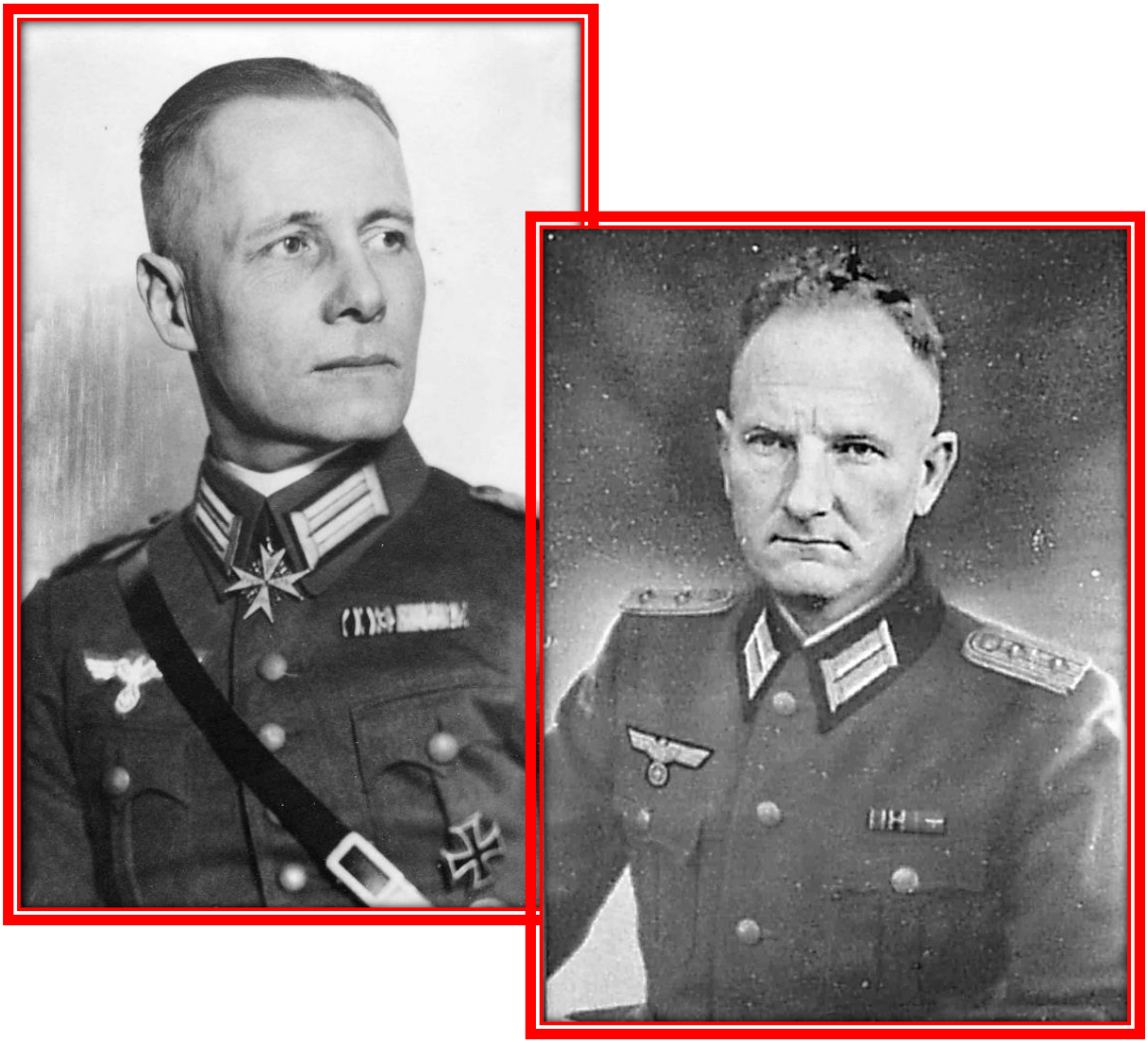
Zweiter Spartakistenaufstand:
Langenargen und die bayerische Räterepublik

Die Inselstadt Lindau als Bestandteil der bayerischen Räterepublik,
über dem Landtor wehte eine rote Fahne.

Im Frühjahr 1919 kam es zu einem zweiten Spartakistenaufstand, um doch noch ein Sowjetsystem in Deutschland zu etablieren. Schwerpunkt war dieses Mal der Freistaat Bayern und, ganz in unserer Nähe, auch die Inselstadt Lindau. Im April 1919 wurde Lindau für kurze Zeit Bestandteil der Räterepublik, über dem Eingangstor zur Stadt wehte die rote Fahne als Symbol von ‚Sowjet-Lindau', der roten Insel im schwäbischen Meer, jedoch nur für zwölf Tage.

Dann marschierte der Kommandant der Kaserne in Friedrichshafen-Löwental mit einem Teil seiner Soldaten und zahlreichen Bauern nach Lindau, um die Räterepublik auf Bitten der gewählten bayerischen Regierung Hoffmann (MSPD) niederzuwerfen. Dies geschah letztendlich aber nicht militärisch, sondern im Rahmen einer Volksabstimmung auf der Insel, die sich zur rechtmäßig gewählten bayerischen Landesregierung bekannte. Der Kommandant der regierungstreuen Einheit, welcher gegen Lindau marschierte, hatte sich am Tag zuvor mit Lindauer Vertrauensleuten zu einem Geheimtreffen in Langenargen zusammengefunden, wie wir mittlerweile aus seinem Nachlass wissen. Derselbe war kein Geringerer als Erwin Rommel, späterer Generalfeldmarschall und berühmt-berüchtigter „Wüstenfuchs" im Zweiten Weltkrieg.

Eine weitere Verbindung zwischen Langenargen und der bayerischen Räterepublik bestand in der Person des in der hiesigen Winklerschen Kunstmühle beschäftigten Kaufmanns Hans Effinger. Effinger war, gemeinsam mit Rommel, im Ersten Weltkrieg Offizier bei den württembergischen Gebirgsschützen. Er ging im April 1919 mit dem Freikorps Haas gegen die Rätebewegung in Bayern vor. Effingers in Augsburg beginnender und in München erfolgreich endender Vorstoß gegen die dortige „Rote Armee“ war ein ausgesprochen blutiger mit Standgerichten teilweise mitten auf der Straße. Hans Effinger dürfte in der „Weimarer Republik“ der „Organisation Consul“ angehört haben. Er fungierte später, im „Dritten Reich“, als NSDAP-Fraktionsvorsitzender, Erster Beigeordneter und SA-Führer von Langenargen. Effinger überlebte den Krieg, an dem er als Hauptmann teilgenommen hatte, wurde aber in der Kriegsgefangenschaft körperlich gebrochen und von einem deutschen Entnazifizierungsgericht mit temporärem Berufsverbot sowie dem Entzug der bürgerlichen Ehrenrechte belegt.



Bezugspersonen sowohl zu Langenargen als auch zur Niederschlagung der bayerischen Räterepublik: Die Offiziere Erwin Rommel (links) und Hans Effinger.

Langenargen bereitete sich 1919 auf die erste demokratische Gemeinderatswahl vor.

Erste demokratische Gemeinderatswahl in Langenargen am 25. Mai 1919

Doch kehren wir abschließend wieder zurück in die politisch ruhigeren Gefilde unseres Heimatortes und betrachten wir noch die letzte Wahl des Jahres 1919 im Zusammenhang mit der Konstituierung der „Weimarer Republik“: Dieses war der Urnengang zur Bestimmung des ersten demokratisch gewählten Gemeinderates.

Nominierungsversammlungen der „Bürgerlichen“ und der MSPD im Mai 1919.

Langenargen.

Sonntag, den 11. Mai, abends 7 Uhr
im Gasthof z. „Schiff“

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag über das neue Gemeindewahlrecht von Hrn. Rechtsanwalt Leuthi-Lettnang.
2. Aussprache über zukünftige Gemeindeaufgaben.
3. Festlegung des Wahlvorschlags zur Gemeinderats-

Mitglieder — namentlich auch Frauen — werden um vollzähliges Erscheinen zu dieser wichtigen ung ersucht. — Nichtmitglieder haben keinen — Neuanmeldungen werden am Saal-Eingang nommen. 3630

Verein bürgerlicher Parteien.
J. A.: Der Ausschuß.

Sozialdemokrat. Verein Langenargen.

Samstag, den 10. Mai, abends 8 Uhr, in der „Krone“

Hauptversammlung.

Tagesordnung: Aufstellung der Kandidaten für die Gemeindewahlen.

Vollzähliges Erscheinen dringend notwendig.

3623 Der Vorstand.

Es handelte sich deswegen um die erste demokratische Gemeinderatswahl, weil auch die Frauen und alle Männer, also nicht nur die mit Bürgerrecht versehenen, wahlberechtigt waren. Letzteres wird bei gegenwärtigen Darstellungen der Umgestaltungen von 1918/19 oftmals vergessen. Allerdings: Von den Langenargener Frauen war nun nicht mehr viel zu sehen, lediglich bei der Aufstellung der Wahlvorschläge konnte die Anwesenheit vereinzelter weiblicher Abstimmenden verzeichnet werden. Die drei eingereichten Wahlvorschläge setzten sich hingegen ausschließlich aus männlichen Bewerbern zusammen.

Langenargen.

Bekanntgabe der Wahlvorschläge zur Gemeinderatswahl.

Zu der am Sonntag, den 25. ds. Mts., von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 6 Uhr im Rathaus stattfindenden Gemeinderatswahl sind drei gültige Wahlvorschläge eingereicht worden, welche hiernach veröffentlicht werden.

Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, daß nur solche Bewerber gültig gewählt werden können, deren Namen in einem dieser Wahlvorschläge enthalten sind; jede auf einen anderen Namen entfallende Stimme ist ungültig.

Langenargen, den 19. Mai 1919.

Vorsitzender des Wahlvor

I. Sozialdemokratische Partei:

1. Knöpfler, Karl, Fischermeister, hier
2. Jäger, August, Fischermeister, hier
3. Lemmle, Franz, Schlosser, hier
4. Lebold, Anton, Fabrikarbeiter, hier
5. Kraushofer, Gustav, Glaser, hier
6. Müller, Franz, Schuhmachermeister
7. Rahmer, Josef, Fischermeister, hier
8. Keiner, Josef, Fischermeister, hier
9. Schädler, Rudolf, Schiffführer, hier

II. Vereinigte bürgerlichen Parteien:

1. Schrag, Robert, Kunstmühledirektor, hier
2. Hillebrand, Josef, Sattlermeister, hier
3. Wocher, Baptist, Gemeindepfleger, hier
4. Maierle, Wilhelm, Landwirt, hier
5. Bachmann, Josef, Kaufmann, hier
6. Gerster, Adolf, Müller, hier
7. Schöllhammer, Albert, Gärtnereibesitzer, hier
8. Rueß, Martin, Landwirt, hier
9. Wocher, Alfons, Metzgermeister, hier
10. Strobel, Johann Nepomuk, Landwirt, hier
11. Feßler, Ernst, Landwirt, hier
12. Santer, Josef, Klosterbauer, hier
13. Baumann, Albert, Maurermeister, hier
14. Blaser, Johann, Maurer, hier
15. Hauth, Friedrich, Fabrikant, hier
16. Spannagel, Martin, Landwirt, hier.

III. Freie Wählerv

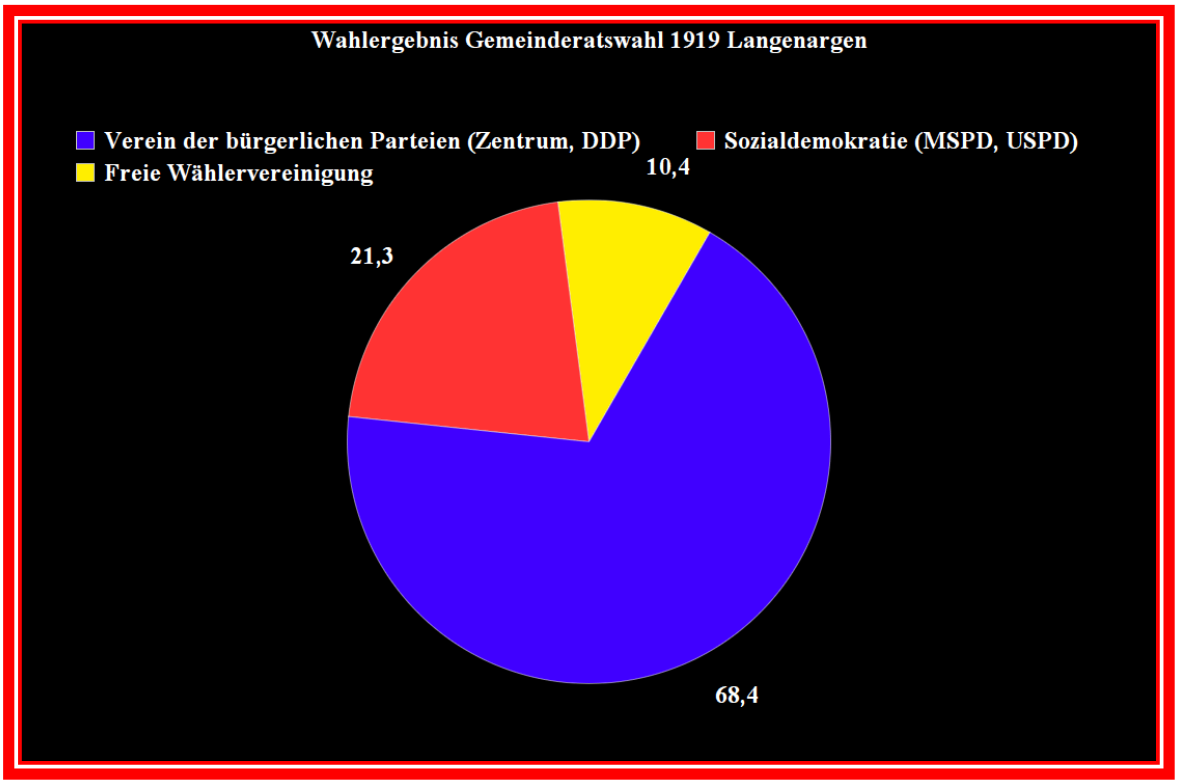
1. Hummel, Johann, Küfermeister, hier
2. Kraner, Franz, jun., Mechaniker, hier
3. Rauh, Wilhelm, Zimmermeister, hier
4. Wachter, Johann, Schreinermeister, hier
5. Wocher, Adolf, Schiffmeister, hier
6. Bürkeler, Erhard, Postunterbeamter, hier
7. Spannagel, Josef, Bäckermeister, hier.

Amtliche Präsentation der drei eingegangenen Wahlvorschläge.

Nur die bürgerlichen Parteien konnten eine volle Liste mit 16 Kandidaten für die 16 zur Verfügung stehenden Sitze präsentieren. Weitere eingereichte Wahlvorschläge waren derjenige der Sozialdemokraten (MSPD, unterstützt durch die USPD), und, erstmals, der Freien Wählervereinigung Langenargens. Im Wesentlichen hat sich diese Aufteilung sodann 100 Jahre lang beibehalten, hinzugekommen sind bislang allerdings die Grünen.

Wie so vieles aus dieser Zeit, haben sich Flugblätter zur Gemeinderatswahl im Familienarchiv Wocher erhalten. Aus denselben können die Kernaussagen der wahlwerbenden Listen entnommen werden. Die FWV betonte, dass bei der bürgerlichen Wahlversammlung ein schwacher Besuch vorherrschte und der Wahlvorschlag der Bürgerlichen somit ergänzungsbedürftig sei. Das vereinigte bürgerliche Lager wiederum denunzierte den Gründer der FWV, Adolf Wocher, den so genannten „Kies-Wocher“, als „Kriegsgewinnler“ und hob die Erfahrung ihrer Kandidaten, welche vielfach schon bislang dem Gemeinderat angehörten, hervor. Der „Sozialdemokratische Verein“ schließlich verwies auf die vor Ort feststellbaren Klassenunterschiede als Notwendigkeit für seinen Einzug in den Gemeinderat. Er erinnerte daran, dass während der Kriegsbewirtschaftung die ‚kleinen Leute‘ stundenlang mit ihren Lebensmittelkarten vor der Langenargener Läden anstehen mussten, während die ‚besseren Herrschaften‘ eben ihr Dienstpersonal in die Schlange gestellt hatten.

Das Resultat entsprach der Eindeutigkeit, wie es die Januar-Wahlgänge erwarten ließen, aber auch die Wahlarithmetik als solchen. Es rächt und rächte sich damals wie heute, wenn man nicht mit einer vollen Liste zur Wahl antritt. Drei Viertel der Wähler stimmten bürgerlich, also für den „Verein der bürgerlichen Parteien“ und die FWV, ein Viertel der Stimmen blieb den erstmals eigenständig angetretenen Sozialdemokraten vorbehalten. Deren bislang in Mehrheitswahl bestimmter einziger Kommunalparlamentarier Karl Knöpfler hatte somit immerhin zwei weitere Mitstreiter erhalten.



Eine bürgerliche Dreiviertel-Mehrheit bei der Gemeinderatswahl 1919.

Ohne Kaiser - aber weiterhin mit Gott für das Vaterland:
In Langenargen dominierte nach wie vor das konservativ-katholische Bürgertum
die kommunalpolitischen Entscheidungsprozesse.

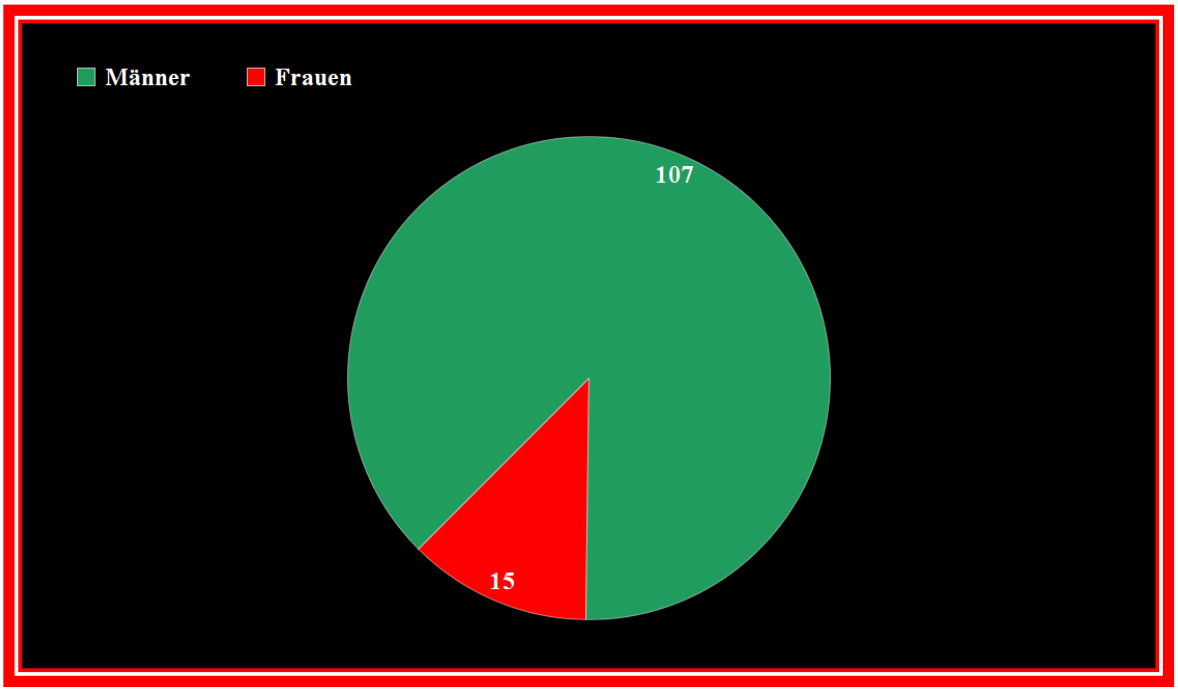
Doch das nützte den Linken relativ wenig. Drei gegen 14, inklusive dem FWV-Mann Adolf Wocher und Zentrumsbürgermeister Franz Xaver Mayr, eine Gestaltungsmacht blieb ihnen versagt. Selbst als überraschend geplante kommunalpolitische Initiativen zur Erringung öffentlichen Aufsehens scheiterten, weil die Langenargener Sozialdemokraten laut Fischermeister August Knöpfler einen „Verräter“ im Vorstand hatten, der seinem Arbeitgeber, dem ‚Zentrumshäuptling‘ Albert Baumann, für ein paar Halbe Bier alles ausplauderte, was man sich vermeintlich insgeheim ausgedacht hatte.

Damit blieb in Langenargen fast alles beim Alten. Katholisch-konservative alteingesessene männliche Familienoberhäupter bestimmten weiterhin die Kommunalpolitik. Dies zeigte sich allein schon daran, dass die traditionsreiche Langenargener Familie Wocher im Gemeinderat genauso stark vertreten war wie die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Als Neuerung konnten allenfalls kritische Sitzungsberichte in der sozialdemokratischen Parteipresse verzeichnet werden.

Ortsspezifische Revolutionsfolgen:
Geschlechterproportionalität, Stimmgebungs- und Sitzverteilungsverfahren

Im Folgenden betrachten wir einige ortsspezifische Revolutionsfolgen, zunächst die politische Mitbestimmung der Frauen. Heute wird dies als Selbstverständlichkeit verstanden, damals allerdings sahen das noch nicht alle so. Gut nachvollziehbar verdeutlichen lässt sich der Sachverhalt anhand eines Zitats von Zeppelin-Generaldirektor Alfred Colsman aus den Revolutionstagen in Friedrichshafen: „Von jetzt ab nahmen mehr Frauen an den Versammlungen teil, und seit dieser Zeit wurde ich mehrfach an Schillers Wort erinnert: ‚Da werden Weiber zu Hyänen', denn die Gegenwart dieser Weiber steigerte den Radikalismus und ich empfand, wie sie gespannt auf Grausamkeit warteten."

Doch wir wollen sachlich bleiben und werfen nun einen Blick auf die Geschlechterproportionalität im Gemeinderat Langenargens während der letzten 100 Jahre. In der Folge des durch die Revolution hervorgebrachten Wahlrechts zog 1922 erstmals eine Frau, die Hausfrau Anna Kling, in das Gremium ein. Sie schied bereits 1928 wieder aus und es dauerte bis zum Jahr 1971, dass einer weiteren Frau die Wahl in den Gemeinderat gelang. Der Frauenanteil steigerte sich langsam auf ein Viertel in der Gegenwart, dies aber auch nur, weil zuletzt eine Rochade bei der FWV stattgefunden hat und hierbei der ausscheidende Herr Neidhardt durch Frau Porstner ersetzt worden ist.



Die Geschlechterproportionalität im Langenargener Gemeinderat während der Jahre 1919 bis 2019 weist einen Frauenanteil von lediglich 12,3% auf.

Es wurde schon darüber spekuliert, ob unser Wahlrecht dafür verantwortlich sei, eröffne es doch durch die Persönlichkeitswahl Männern mit ihrer weiterhin dominanten Repräsentanz in öffentlichen (Ehren-)Ämtern möglicherweise vorteilhaftere Wahlchancen. Zudem seien Frauen durch zusätzliche familiäre Verpflichtungen auch gegenwärtig im Hinblick auf ihre zeitlichen Ressourcen im politischen Engagement eingeschränkt. Ein deutschlandweiter Vergleich zeigt sodann, dass der Frauenanteil in Bundesländern mit kommunalen Direktwahlkreisen und geschlossenen Listen nicht bedeutend höher ist. Die angemessene Vertretung scheitert hier nicht an den Steuerungsoptionen des Wahlrechts, sondern sie ist dem Mangel an Kandidatinnen geschuldet. Eine geschlechterproportionale Repräsentation der Frauen in Gemeinderäten findet man erst im internationalen Vergleich, nämlich in Frankreich, wo dies vom Gesetz her ab einer gewissen Gemeindegröße vorgeschrieben und mit der Parteienfinanzierung verknüpft ist. Der Preis hierfür besteht allerdings in einer kompletten Geschlossenheit der Listen, die im geschlechterbezogenen Reißverschlussverfahren allein von den Parteien bestimmt werden. Wenn man unsere Persönlichkeitswahl beibehalten möchte, wird man sich also zusätzliche der Geschlechterproportionalität dienende Verfahrensweisen überlegen müssen.

Eine weitere ortsspezifische Revolutionsfolge findet sich in dem seither eingeführten Stimmgebungsverfahren: Die Ausdifferenzierung des örtlichen Parteiensystems erbrachte mehrere Listen mit Kumulieren und Panaschieren. Vor 1919 erstellte man eine Einheitsliste samt darauffolgender Mehrheitswahl durch die mit Bürgerrecht ausgestatteten Männer. Den großen Vorteil des seit bald 100 Jahren geltenden demokratischen Wahlsystems stellt die mittels des Panaschierens gewährleistete Persönlichkeitswahl dar. Daraus ergibt sich eine ganz besonders hohe individuelle Legitimierung der gewählten Räte, welche von nachhaltiger Bedeutung ist. Hierzulande gilt bekanntlich die „Süddeutsche Ratsverfassung“. Sie ist gekennzeichnet durch eine ausgesprochen starke Stellung des Bürgermeisters. Er fungiert als Vorsitzender von Verwaltung und Gemeinderat zugleich sowie rechtlicher Repräsentant der Gemeinde. Diese starke Stellung verfestigt sich noch aufgrund seiner Volkswahl. Die aus unserer Persönlichkeitswahl hervorgegangenen Gemeinderäte sind ihm somit von ihrer Legitimation her ebenbürtig – unabhängig von Parteien und Wählervereinigungen. Bei geschlossenen Listen wäre das nicht mehr gewährleistet. Die Parteien und Wählervereinigungen würden an Bedeutung gegenüber der Wählerschaft gewinnen, die Auswahlmöglichkeiten des Elektorats dadurch auf eine reine Listenwahl begrenzt. Auch der Nachteil des Wahlverfahrens in Bezug auf die Sitzverteilung soll nicht verschwiegen werden. Aufgrund der seit 1919 hier praktizierten Proporzwahl kann es vorkommen, dass Personen mit weniger Stimmen auf insgesamt schwächeren Listen gewählt werden. Bewerber mit einer weitaus höheren Stimmenzahl, die auf erfolgreicheren Listen kandidieren, gehen hingegen leer aus. Man spricht hierbei vom „Proporzglück bzw. –pech“. Das

mittlerweile geltende Sitzverteilungsverfahren nach Sainte-Laguë/Schepers (Divisor) begünstigt zudem stimmenschwache Wahlvorschläge, fördert die Fragmentierung der Kommunalparlamente und erschwert eine Mehrheitsbildung. Damit sind wir fast am Ende angelangt und wollen noch eine abschließende Schlussbetrachtung vornehmen.

Epilog: Mehr Narren als Kommunalpolitiker -
wie stabil ist unsere Demokratie in der Gegenwart?

Langenargener Fastnachtsmasken zum Epilog? Das ist kein Versehen. Welche Bedeutung steckt hinter diesem Bild? In Langenargen gibt es mehr Schussengeister als Mitglieder der Grünen, mehr Pfäläller als Mitglieder der SPD, mehr Argenhexen als Mitglieder der CDU und sogar mehr Schlossnarren als Mitglieder der FDP. Na und, könnte man fragen.

Die aus der Novemberrevolution hervorgegangene „Weimarer Republik“, so heißt es, sei deswegen untergegangen, weil sie eine Republik mit zu wenigen Republikanern, eine Demokratie mit zu wenigen Demokraten gewesen sei. Doch war die Mitgliederzahl der staatstragenden Parteien damals im Reich bei niedrigerer Bevölkerungszahl dreimal so hoch wie in der Gegenwart.

Natürlich kann man die Säulen eines demokratischen Staatswesens nicht nur an der Mitgliederzahl von Parteien festmachen. Insbesondere in Zeiten der Digitalisierung verlagern sich zahlreiche Gestaltungsprozesse in virtuelle Räume. Dort sind politische ‚Communities‘ aber oftmals ‚eventorientiert‘ und mit kurzen Halbwertszeiten belegt. Deswegen stellt sich schon die Frage: Was soll eigentlich

geschehen, wenn sich hier einmal die ökonomischen Verhältnisse derart ändern, dass es mit der „Wohlstandslethargie“ vorbei ist? Die Lehren aus der „Weimarer Republik“ zeigen, dass der demokratische Staat dort am nachhaltigsten und beständigsten funktionierte, wo vor Ort eine funktionierende pluralistische Kommunalpolitik etabliert war. In diesem Zusammenhang sind wir alle gefordert: Nächstes Jahr, 2019, sind wieder Kommunalwahlen, und es wäre nicht nur wertvoll für die Gemeinde, sondern auch für die Demokratie allgemein, wenn die Anzahl an Kandidierenden in Langenargen erneut auffallend höher wäre als andernorts – so wie es in der Vergangenheit vielfach der Fall gewesen ist.

Dieser Appell richtet sich hier im Saal natürlich an die Falschen, denn die Besucher derartiger Veranstaltungen sind oder waren zumeist gesellschaftlich ohnehin schon bei den engagiertesten Mitbürgerinnen und Mitbürgern unserer Gemeinschaft zu verorten. Vielleicht nehmen Sie diesen Gedanken aber mit hinaus in Ihr soziales Umfeld, vielleicht erreichen wir damit den Einen oder die Andere. Derartige Bemühungen gibt es ja landauf und landab, der frühere Ulmer Oberbürgermeister Ivo Gönner hat es einmal anekdotenhaft beschrieben. Wenn er jemanden mit einer Flasche Wein oder einer Schachtel Pralinen durch die Stadt gehen sieht, dann weiß er ganz genau, dass derjenige einen Gemeinderat oder einen Vereinsvorstand aufsucht, um ihn mit dem Geschenk zu beknien und ihn anzuflehen: „Karle mach’s nochmal, wir haben doch keinen anderen“. Diese beschwörenden Worte hört man im jeweiligen kommunalen Mikrokosmos wie auch in allen westlichen Demokratien immer öfters.

Ohne derartige Beknieungen scheint es in dieser Zeit nicht mehr zu gehen, und wir wünschen deswegen allen in dieser Gemeinde, die sich dafür hergeben, und erst recht allen, die sich zur Kandidatur motivieren lassen, viel Erfolg. Auch über den Gemeinderatswahlkampf hinaus bedarf es fortwährend einer möglichst großen Anzahl an Bürgerinnen und Bürgern, die sich auf dem Boden des Grundgesetzes für unser demokratisches Gemeinwesen einsetzen. Demokratie lebt nicht von der Repräsentation allein.

Textquellen

Literatur:

-Baumann, Reinhard; Hoser, Paul (Hg.): „Die Revolution von 1918/19 in der Provinz.“ Konstanz, UVK, 1996;
-Benz, Elisabeth: „Ein halbes Leben für die Revolution. Fritz Rück (1895-1959). Eine politische Biografie.“ Essen, Klartext, 2014;
-Birsl, Ursula: „Wenn Frauen die Wahl haben… Zum Wahlverhalten von Frauen seit 1919.“ In: Ferner, Elke (Hg.): „90 Jahre Frauenwahlrecht.“ Berlin, Vorwärts-Buch, 2008;

-Blackbourn, David G.: „Class and Politics in Wilhelmine Germany: The Center Party and the Social Democrats in Württemberg." Cambridge, Cambridge University Press, 1976;
-Büttner, Ursula: „Weimar. Die überforderte Republik 1918-1933." Stuttgart, Klett-Cotta, 2008;
-Colsman, Alfred: „Luftschiff voraus!". Stuttgart/Berlin, DVA, 1933;
-Fuchs, Andreas: „Der Kaiser hat abgedankt! Die Auswirkungen der ‚Novemberrevolution' 1918 auf die Gemeinde Langenargen". Langenargen, Gemeindeverwaltung [Veröffentlichung des Gemeindearchivs Nr. 4], 2006;
-Gemeinde Langenargen (Hg.): „Langenargener Geschichte(n)", Bd. VIII [„Langenargen im 20. Jahrhundert"]. Langenargen, Eigenverlag, 1995;
-Groß, Gerhard P.: „Das Ende des Ersten Weltkriegs und die Dolchstoßlegende." Ditzingen, Reclam, 2018;
-Kreisarchiv Bodenseekreis (Hg.): „Die ‚ausgesperrte' Geschichte. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung und des Nationalsozialismus in Friedrichshafen." Friedrichshafen, Kreisarchiv Bodenseekreis [Geschichte am See Bd. XXVI], 1986;
-Kuhn, Elmar L.: „Rote Fahnen über Oberschwaben." URL: http://elmarlkuhn.de/aufsaetze-im-volltext/oberschwaben-und-bodenseeraum/revolution-und-raete-191819/index.html; erhoben am 01.10.2018;
-Müller, Richard: „Die Novemberrevolution." Wien, Malik, 1924;
-Museum Langenargen (Hg.): „Jan Balet. Gemälde, Zeichnungen, Graphik." Sigmaringen, Thorbecke, 1983;
-Schweizer, Karl: „Lindau: I. Weltkrieg, Novemberrevolution, Räterepublik." Lindau (B.), Eigenverlag, 1979;
-ders.: „Novemberrevolution 1918, Räterepublik 1919, Sozialisten und Kommunisten in Lindau und Umgebung - Ein Überblick." Lindau (B.), Edition Inseltor, 2018;
-Stern, Leo: „Der Einfluss der großen sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung." Berlin, Rütten & Loening, 1958;
-Stockhammern, Franz von: „Bernhard Fürst von Bülow: Denkwürdigkeiten." Ullstein, Berlin, 1930;
-Winkler, Heinrich August (Hg.): „Die deutsche Staatskrise 1930-1933. Handlungs-spielräume und Alternativen." Oldenburg, De Gruyter [Schriften des Historischen Kollegs Bd. XXVI], 199;.

Archivalische Textquellen:

-Familienarchive Bleyle und Wocher [im Gemeindearchiv] Langenargen (Nachlässe Alfons Wocher und Hans Effinger);
-Franziskanerinnen von Reute e. V., Bad Waldsee („Vom Mutterhaus Kloster Reute. Zeitschrift für die Schwestern des Klosters Reute");
-Gemeindearchiv Langenargen (diverse Bestände);
-Landesarchiv Baden-Württemberg / Hauptstaatsarchiv Stuttgart (M 738 Bü 117; M 709 Nr. 303; E 135 Bü 52);
-Stadtarchiv Friedrichshafen („Seeblatt");

-Stadtarchiv Lindau („Lindauer Tagblatt“);
-Stadtarchiv Tettnang („Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Tettnang“);

Bildquellen

-Deutsches Historisches Museum Berlin (P 61/1634: Plakat MSPD, S. 16);
-Diözesanarchiv Rottenburg (Abb. Exz. H. H. Dr. J. B. Sproll, S. 14);
-Franziskanerinnen von Reute e. V., Bad Waldsee (Abb. „Zur Zeitlage“, S. 15);
-Landesarchiv Baden-Württemberg / Hauptstaatsarchiv Stuttgart (P 2 Bü 13: Abb. USPD, S. 12; M 703 R190N14: Abb. Rommel, S.22);
-Karsten Meyer, Konstanz (Luftbild Titel, Abb. S. 3; 21);
-Kuhn, Elmar L.: „Rote Fahnen über Oberschwaben.“ URL: http://elmarlkuhn.de/aufsaetze-im-volltext/oberschwaben-und-bodenseeraum/revolution-und-raete-191819/index.html; erhoben am 01.10.2018 (Abb. S. 9 r.);
-Kreisarchiv des Bodenseekreises, Schloss Salem (Abb. S. 6);
-Narrenzunft „d’ Dammglonker“ Langenargen (Abb. S. 29);
-Stadtarchiv Friedrichshafen (Abb. S. 9 l.; 12 r./u.; 14 r./u.; 17; 20; 23);
-Sammlung Karl Schweizer, Lindau (Abb. Ausschnitt Landtor, S.21);
-Gemeindearchiv Langenargen (restl. Abb.);

Wider Willen Vorposten der Revolution

Über 100 Bürger bei der Ausstellungseröffnung zum 100. Jahrestag der Novemberrevolution

Von Siegfried Großkopf

LANGENARGEN – Über 100 Bürger waren am Samstagnachmittag der Einladung der Bürgerstiftung ins Rathaus gefolgt, bei der Ausstellungseröffnung zum 100. Jahrestag der Novemberrevolution dabei zu sein. In deren Mittelpunkt: Die mit langanhaltendem Beifall gewürdigten Ausführungen von Gemeindearchivar Andreas Fuchs, der den Fokus der damaligen Entwicklung in spannenden Schilderungen auf Langenargen und die Region lenkte.

„Ist unsere Heimat Langenargen von der Novemberrevolution lediglich überspült worden oder gingen von hier Auswirkungen aus?“ Fuchs beschrieb die Situation vor Ort, dessen angestammter gutsituierter Bevölkerung eine Revolution etwas befremdlich erschien, man aber durch die aufblühende Industrie in Friedrichshafen tangiert wurde, als drei dort agierende Spartakisten in der Sonnenstube Quartier bezogen hatten. Denn in Friedrichshafen waren in Zeiten des 1. Weltkriegs 60 Zeppeline gebaut worden, weshalb zwischen 8000 und 10 000 Rüstungsarbeiter aus ganz Deutschland in die Stadt mit ihren damals 8000 Einwohnern gezogen und in Massenquartieren untergebracht waren.

Der Gemeindearchivar schilderte die Wandlung Deutschlands („regiert von Hochwohlgeborenen“) von einer bis dahin konstituierenden Monarchie zur demokratischen Republik, vom unfreiwilligen Abdanken Kaiser Wilhelms, der Revolution in Gestalt eines Matrosenaufstandes aus der ein Volksaufstand wurde und der gespaltenen Sozialdemokratie. Es begann zu „gären“ und Massen politisierten sich. Kuhn hat einmal geschrieben, gentlich begann die deutsche Novemberrevolution 1918 in Friedrichshafen“.

Für Andreas Fuchs ist die Novemberrevolution ... gen, denn hier wohnte ... ler-Trio, das von hi...

hungen in Friedrichshafen organisierte. Einer der radikalsten Anführer, Langenargen, hielt am 6. November 1918 seine bolschewistische Ansprache in Friedrichshafen. Die Bewegung begann sich zu instrumentalisieren, es wurde der „Arbeiter- und Soldatenrat“ gegründet, dessen Leiter der rhetorisch begabte Reinhard war, der aus ... über die Schweiz nach ... kam. Der dritte Spartakist ... genargen war Otto ... Häfler Rüstungsindustrie ... zugezogenen Agit... Langenargen wid... nem „Vorposten ... richtete Fuchs.

Revolution fa...

Das Programm ... de in der gr... Gemeinde ... „Schiff“, ... im Freien ... gen Kälte ... nischen ... zum H... einge... zene... rats... ge... d...

Doch die Stimmung war landesweit nicht für die Radikalen. Der erste Aufstand wurde blutig ... und der Weg in ... sen. Die ... Weidle ... Gottfried ... Weidle ... Verein der überkonfessionellen Sammlungsbewegung gründeten. Allen voran die katholische Zentrumspartei und die deutsch-liberalen Protestanten. Die ersten politisch aktiven Frauen waren die Franziskanerinnen vom Kloster Reute, die ... einen Stimmzettel verteilten ... der Zentrums-

GUY-PASCAL DORNER

Vorposten der Revolution

LANGENARGEN. Wider Willen war die malerische Bodenseegemeinde Langenargen ein Vorpfosten der Novemberrevolution 1918/1919. Daran erinnert aktuell eine Ausstellung „Vorwärts mit Gott ~~für Kaiser~~ und Vaterland“ im Foyer des Langenargener Rathauses. Dokumentiert wird die regionale Geschichte der Revolution, die in der Endphase des Ersten Weltkrieges zum Sturz der Monarchie im Deutschen Reich und zu dessen Umwandlung in eine parlamentarische Demokratie, der Weimarer Republik, führte. Historiker verorten Friedrichshafen als wichtigen Ausgangspunkt des Umsturzes. Die Rädelsführer der Friedrichshafener Revolutionäre wohnten und tagten in Langenargen. Von dort aus strahlte die Revolution nach Oberschwaben aus – mit Folgen, wie die Ausstellung aufzeigt.

„Wenn Du mit Deinen Zöglingen übers Jahr an den Bodensee kommst, versäume ja Langenargen nicht“, schwärmte die Dichterin Annette von Droste-Hülshoff 1842 in einem Brief aus dem Ort. „Du kannst dir das Malerische des Ganzen gar nicht denken.“ Gar nicht so malerisch stellte sich die Situation in Langenargen 1918/1919 dar. Dort wohnten – durchaus zum Missfallen der Ortsbevölkerung – die Rädelsführer der Novemberrevolution in Friedrichshafen. In der Langenargener Ausstellung wird Elmar Kuhn, als Historiker früherer Kreisarchivar und Leiter des Kulturamtes im Landratsamt Bodenseekreis sowie Vorsitzender der Gesellschaft Oberschwaben für Geschichte und Kultur, zitiert: „Überspitzt könnte man sagen, die deutsche Novemberrevolution begann in Friedrichshafen, denn hier setzen die Demonstrationen mit revolutionären Forderungen am frühesten ein.“ Friedrichshafen hatte damals bedingt durch die Zeppelin- bzw. Rüstungsindustrie einen Zuzug von bis zu 10.000 Arbeitern aus ganz Deutschland und damit seine Einwohnerzahl binnen weniger Jahre weit mehr als verdoppelt. Unruhen waren somit programmiert. „Die Arbeiter der Häfler Rüstungsbetriebe stellten die Massenbasis der revolutionären Erhebung dar“, heißt es in der von Langenargens Gemeindearchivar Andreas Fuchs konzipierten Ausstellung. Indes: Nicht Friedrichshafen, sondern Langenargen war Ausgangspunkt der Revolution. Denn dort wohnten und tagten die drei Rädelsführer der Friedrichshafener Revolutionäre. Gottfried Weidle (USDP) aus Langenargen hielt in Friedrichshafen „bolschewistische“ Reden. Zudem waren die Langenargener Spartakisten Otto Manz und – etwas später – Ludwig Reinhardt (beide auch USDP) an vorderster Front dabei. Die drei Revolutionsführer organisierten von Langenargen aus die Revolution in Friedrichshafen; sie machten Langenargen zu einem „Vorposten der Revolution“: Zentrale Lokalität: das Strandlokal „Schiff“. Dort wurde das Programm der Revolution verkündet, dort gründete sich unter Vorsitz von Jakob Braun der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat für Friedrichshafen und Umgebung. Reinhardt wurde Sekretär des Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrates und dessen „radikalstes Mitglied“. Das Gros der Langenargener Bürger war keineswegs von der Revolution begeistert, befürchtete gar Plünderungen durch marodierende Arbeiterhorden aus Friedrichshafen. Eine „Einwohnerwehr“ stellte sich den „Kommunistenunruhen“ entgegen. Zudem setzte man die drei in Langenargen wohnenden Rädelsführer per Erlass der Gemeinde auf die Straße, da half auch deren Beschwerde bei der Landesregierung nichts. Mit der Ausrufung der Republik am 9. November 1918 durch Friedrich Ebert (SPD) formierten sich in Langenargen wie überall in Oberschwaben die Parteien, soweit nicht schon geschehen. Bei den Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung am 19. Januar 1919 durften erstmals auch Frauen wählen. In Langenargen waren die zum Kloster Reute bei Bad Waldsee gehörenden Franziskanerinnen des Heilig-Geist-Hospitals unter den ersten politisch aktiven Frauen („Verein der bürgerlichen Parteien“).

Langenargen war wenig später Ausgangspunkt einer Aktion gegen die Revolutionäre. Dort fand am 17. April 2019 ein Geheimtreffen statt. In der Folge marschierte Erwin Rommel, seinerzeit Kommandant der Kaserne Löwental (Friedrichshafen), ja, der spätere Generalfeldmarschall und legendäre „Wüstenfuchs“, gegen die Rätebewegung in Lindau. Und der Langenargener Hans Effinger, wie Rommel im Ersten Weltkrieg Offizier bei den Gebirgsschützen, zog gegen die Räterepublik Bayern gen München. Beide waren letztlich erfolgreich. Die Weimarer Republik aber nicht.

Die Ausstellung ist noch bis 18. Januar bei freiem Eintritt geöffnet montags bis freitags von 8 bis 12.30 Uhr, zudem mittwochs von 14 bis 17 Uhr und donnerstags von 14 bis 18 Uhr. ➤ www.langenargen.de

Langenargen galt als Vorposten der Novemberrevolution 1918/1919.

(Schwäbische Zeitung/
Blix-Magazin)